

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Sie lesen auf Seite 704:
Ludwig Freund
Freiheit und Gleichheit —
Schlagworte oder Wirklichkeiten?

MAX BRAUBACH

Hitlers Weg zur Verständigung mit Rußland im Jahre 1939

Auf vielseitigen Wunsch veröffentlichen wir den Vortrag, den Professor Max Braubach aus Anlaß des Rektoratswechsels an der Universität Bonn am 14. November 1959 gehalten hat. Der Autor behält sich vor, ihn in erweiterter Form und unter Beigabe des wissenschaftlichen Apparates gesondert herauszugeben.

Daß es ein Wagnis ist, einen Vorgang zum Gegenstand eines wissenschaftlichen Vortrags zu machen, der erst 20 Jahre zurückliegt, dessen bin ich mir wohl bewußt. Aber im Gegensatz zu manchen meiner Fachkollegen halte ich es für eine wichtige Aufgabe des Historikers, sich in Forschung und Lehre gerade auch der neuesten Geschichte zuzuwenden, denn wie sollen die jetzige und die kommende Generation auf festem Grund denken und handeln können, wenn sie nicht sichere Kenntnisse über das Werden des heutigen Weltsystems besitzen, wenn insbesondere wir Deutsche nicht um Ursachen und Entwicklung des verhängnisvollen Weges wissen, der unser Volk in die heutige Lage der Ohnmacht und Spaltung geführt hat! Ein Wagnis freilich bleibt die öffentliche Behandlung gerade des von mir gewählten Themas in besonderem Maße. Einmal sind die dafür zur Verfügung stehenden Quellen noch lückenhaft. Zwar sind nach dem radikalen historischen Einschnitt des Jahres 1945 alle noch erhaltenen deutschen Akten über die unmittelbare Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges und damit auch über die Entstehung der überraschenden deutsch-russischen Verständigung vom August 1939 veröffentlicht oder wenigstens zugänglich gemacht worden, und ihr Inhalt läßt sich kontrollieren und erweitern durch gleichfalls bereits publizierte diplomatische Korrespondenzen der Italiener und Engländer, in geringerem Umfang auch der Franzosen und Amerikaner sowie durch Aussagen beteiligter Persönlichkeiten in Nachkriegsprozessen, Erinnerungswerken und bei Befragungen. Wenn dann auch einige Dokumente von russischer Seite zum Vorschein gekommen sind, so beziehen sie sich allerdings nur auf den Verlauf der gescheiterten Verhandlungen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion, und es scheint mir daher kaum möglich, ein unbedingt sicheres Urteil über die Motive des russischen Verhaltens gegenüber Deutschland in jenen entscheidungsvollen Monaten vor dem Kriegsausbruch zu fällen. Zurückhaltung im Urteil ist aber auch noch auf Grund einer Gefahr für die eigene Meinungsbildung geboten, die selbst für den ehrlich um Objektivität bemühten Wissenschaftler besteht: ist der Abstand von jenen

Ereignissen nicht doch zu kurz, unterliegt man nicht doch dem Einfluß einer aus ideologischen oder politischen Überzeugungen entstehenden Voreingenommenheit? Man darf daher von diesem Vortrag keine Sensationen, keine handfesten Thesen erwarten, die in den Auseinandersetzungen der Gegenwart verwandt werden könnten. Aus nüchterner Quellenarbeit in Seminarübungen erwachsen versucht er nur eine Rekonstruktion der Erwägungen, Vorgänge und Aktionen auf deutscher Seite, die zu dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 führten, und damit die Klärung eines immerhin bedeutungsvollen Strangs der die Katastrophe des Krieges auslösenden Politik des damaligen Führers des deutschen Reiches.

In der Zeit der Weimarer Republik haben sich Berlin und Moskau lange Zeit recht gut verstanden, man hatte sich im Rapallo-Vertrag von 1922 im Widerspruch und Mißtrauen gegen die in Versailles aufgerichtete Ordnung der Dinge zusammengefunden und die Freundschaft, die vor allem auf wirtschaftlichem, aber auch auf militärischem Gebiete gegenseitige Unterstützung in sich schloß, in dem Berliner Abkommen von 1926 bestätigt. Wenn dann um 1930 eine Abkühlung eintrat, so blieben doch zunächst noch in beiden Lagern die Kräfte einflußreich, die einen Bruch unter allen Umständen vermieden wissen wollten. Selbst der als erklärter Todfeind des Bolschewismus auftretende Hitler hat im ersten Jahr seiner Regierung es sorgfältig vermieden, die Sowjetunion vor den Kopf zu stoßen, während man auch dort offensichtlich einen erträglichen modus vivendi mit dem nationalsozialistisch gewordenen Reich zu finden suchte. Das ist erst um die Jahreswende 1933/34 anders geworden. Mit dem Nichtangriffspakt, den er damals mit Polen schloß, hat Hitler eine der Grundlagen des Zusammengehens Deutschlands mit Rußland, nämlich die Gegnerschaft gegen jene zwischen beiden liegende, in Versailles auf beider Kosten ausgebaute Macht aufgegeben. In Moskau, wo man zudem eigene Anträge auf eine deutsche Garantie der baltischen Staaten abgelehnt sah und an die Wendung Hitlers zur Vorbereitung der von ihm ja immer wieder ange-

kündigten Abrechnung mit dem Bolschewismus glaubte, ist man darauf entschlossen in die Politik der kollektiven Sicherheit eingelenkt, die durch Eintritt in den Völkerbund und Verständigung mit den Demokratien im Westen und Südosten Europas eine Deckung gegen etwaige Aggressionen des sich nunmehr in dem Antikominternpakt mit Japan und Italien zusammenschließenden Hitlerreichs zu gewinnen suchte. So zeigen die Jahre 1934 bis 1938 eine ausgesprochene Feindseligkeit zwischen den beiden Mächten, die vor allem von deutscher Seite in haßvollen Reden und Verlautbarungen betont wurde und sich offensichtlich auch auf die politisch-diplomatischen Aktionen auswirkte. Daran hat auch die Tatsache nichts geändert, daß Hitler auf dem energisch beschrittenen Weg zur Wiederherstellung der Macht Deutschlands durch Aufrüstung und Beseitigung der dem Reiche aufgezwungenen oder von ihm freiwillig übernommenen Beschränkungen seiner Bewegungsfreiheit und Ausdehnungsmöglichkeit sich zunächst mit den Demokratien des Westens auseinandersetzen mußte: ihnen gegenüber ist dabei gerade die Behauptung von der Deutschland zufallenden Rolle als Bollwerk und Vorkämpfer gegen den die europäischen Kultur bedrohenden Bolschewismus als Argument verwandt worden, das nicht ohne Wirkung blieb.

Sicherlich sind die Besorgnisse des Kreml über Hitlers Absicht, zum Stoß gegen die Sowjetunion anzusetzen, berechtigt gewesen. Von seinem Willen, nach Schaffung der militärischen und politischen Voraussetzungen seine Macht zur Eroberung des „Lebensraums“ im Osten zu gebrauchen, hat er schon unmittelbar nach der Machtergreifung vor den Führern der Reichswehr gesprochen, und auf seinen Angriffswillen gegenüber Rußland deuten ebenso vertrauliche Eröffnungen von Anfang 1934, die uns der damalige Danziger Senatspräsident Rauschning überliefert hat, wie Hitlers geheime Niederschrift über einen Vierjahresplan von 1936. Und daß mit dem Anschluß Österreichs und dem Vorgehen gegen die Tschechoslowakei im Jahre 1938 vor allem der Osten gewissermaßen sturmreif gemacht werden sollte, ist erst neuerdings in subtiler Untersuchung nachgewiesen worden. Der Verlauf der Sudetenkrise und ihre die Machtentäußerung und Spaltung der Tschechoslowakei in sich schließende Lösung durch das Münchener Abkommen, bedeuteten nun allerdings gerade für Rußland den Anlaß zu einer Überprüfung der eigenen Haltung: in Moskau konnte man sich kein Hehl über den Zusammenbruch der Politik der kollektiven Sicherheit machen, in der Nachgiebigkeit der Westmächte glaubte man eine Ermutigung Hitlers zum Vorgehen gegen den Bolschewismus zu sehen, voll Schrecken fürchtete man nicht wenigstens Zeit zu gewinnen suchen, indem man sich selbst gegenüber Deutschland verständigungsbereit zeigte und damit vielleicht das Fortwirken von Gegensätzen im Westen begünstigte, die trotz München ja noch keineswegs verschwunden waren? Aber bestand für eine solche Besänftigung Hitlers die geringste Aussicht?

Daß Hitler seinerseits durch die Haltung der Westmächte trotz ihres schließlichen Zurückweichens gereizt, daß er durch München nicht befriedigt war, daß ihn dann englische Rüstungsmaßnahmen in neue Wut versetzten und polnische Unzugänglichkeit gegenüber eigenen Vorschlägen ihn auch gegen diese Macht verstimmt, ist unzweifelhaft. Und es lassen sich schon bald nach München merkwürdige Vorgänge beobachten, aus denen man auch deutsche Wünsche auf eine Entspannung mit der Sowjetunion herauslesen kann. Im Oktober 1938 wurde vereinbart, daß Presse und Rundfunk hier und dort sich künftig direkter Angriffe gegen die Staatsleiter des anderen Landes enthalten sollten. Es kam ferner nicht nur die Verlängerung eines früheren deutsch-russischen Handelsabkommens für das nächste Jahr ohne Mühe zustande, es wurden vielmehr auch ältere Pläne eines weitergehenden Vertrags über Lieferung russischer Rohstoffe auf deutschen Kredit und gegen entsprechende Gegenleistungen wieder aufgenommen und in Besprechungen in Berlin im Dezember 1938 und Januar 1939 eine grundsätzliche Übereinstimmung darüber erzielt, die beiderseitigen wirtschaftlichen Wünsche und Forderungen zu präzisieren. Es mußte dann auffallen, daß Hitler beim Neujahrsempfang 1939 sich ostentativ längere Zeit mit dem russischen Botschafter unterhielt und daß in seiner Ansprache zum 30. Januar die üblichen scharfen Ausfälle gegen die Sowjetunion fehlten. Und doch war er von der Idee einer Annäherung an Rußland da-

mals noch weit entfernt. Bei jenen Gesprächen mit den Polen ist es, wie wir feststellen können, nicht nur um die Erfüllung deutscher Revisionswünsche betreffs Danzigs und des Korridors gegangen, sondern gerade auch um die politische Zustimmung zu einer großen antisowjetischen Kombination. Beide Vorschläge hat nun freilich der polnische Außenminister Beck zunächst mit der Herstellung eines besseren Verhältnisses zu Moskau beantwortet und sie dann in persönlichem Gespräch mit Hitler Anfang Januar 1939 abgelehnt, und auch ein neuer Vorstoß, den Hitlers Außenminister Ribbentrop gegen Ende des Monats bei einem Besuch in Warschau unternahm, scheiterte. Aber damals hat Ribbentrop zugleich, wütend über die Störung seiner Gespräche mit Polen durch Pressemeldungen über die Entsendung einer deutschen Wirtschaftsdelegation nach Moskau, die in der Tat bereits vereinbarte Reise des für die Osthandelsfragen im Auswärtigen Amt zuständigen Legationsrates Schnurre nach dort abgesagt und damit die Russen vor den Kopf gestoßen. Wenn es der deutschen Botschaft auch gelang, trotzdem Gespräche mit dem Außenhandelskommissar Mikojan wieder in Gang zu bringen, so kam man nun doch nicht mehr weiter. Hitler selbst war mit anderen Dingen beschäftigt, mit dem Plan, aus dem Antikominternpakt ein festes Dreierbündnis zu entwickeln, mit Erwägungen einer Offensive gegen England, schließlich mit den Vorbereitungen zur völligen Zerschlagung der Tschechoslowakei, die dann blitzartig am 15. März erfolgte.

Gerade die Folgen dieses Einmarsches in Prag haben nun freilich auf der einen Seite die Lage der Sowjetunion wesentlich verbessert, auf der anderen deutsche Erwägungen und Pläne ausgelöst, die auf eine stärkere Rücksichtnahme auf Rußland gingen. Voll Empörung wandten sich die Westmächte gegen den Mann, der sie in voller Mißachtung der Münchener Zusicherungen schwer kompromittiert hatte, und als er nun in schärferem Tone erneut jene Forderungen an Polen stellen ließ, beeilte sich England, Polen eine Garantie seines Besitzstandes anzubieten, die von dem nach London eilenden Beck auch angenommen wurde. Nun war die Wut auf Hitlers Seite, der Anfang April der Wehrmacht den Geheimbefehl gab, den Angriff auf Polen so vorzubereiten, daß die Durchführung ab 1. September jederzeit möglich sei. Durfte er aber das Risiko eines Krieges auf sich nehmen, in dem ihm von den verschiedensten Seiten mächtige Feinde entgegentreten konnten? Er hat jene Dreierpaktverhandlungen mit Japan und Italien weitergeführt, aus ihnen ging aber nur der trotz seines Namens nicht eben bedeutende Stahlpakt mit Italien hervor, während Japan angesichts zunehmender eigener Spannung zu Rußland sich nicht auf einen gegen den Westen gerichteten Kurs festlegen lassen wollte. Er mochte auch erwägen, die Regierungen in London und Paris erneut wie im vergangenen Jahr einzuschüchtern und Polen so zu isolieren, aber sie schienen im Gegenteil nun gewillt, zum Schutze Polens auch die Russen zu gewinnen und so eine gewaltige Front gegen Deutschland aufzubauen. So mußte sich Hitlers Blick weit mehr als vordem auf Moskau zu richten. Nicht nur um das neue Programm zu verwirklichen, sondern schon um die bisher errungene Macht zu behaupten, galt es für ihn vor allem, jene offen einsetzenden Werbungen des Westens um die Sowjetunion zum Scheitern zu bringen. Aber auf welchem Wege war es möglich, die bisher so heftig befehdeten Bolschewisten zum mindesten zum Stillesitzen zu bewegen?

Es hatte gerade in letzter Zeit gewisse Anzeichen dafür gegeben, daß die Russen keine Neigung hatten, sich dem Reich gegenüber zu exponieren. Die Rede, die Stalin am 10. März, noch vor dem deutschen Griff nach Prag, vor dem 18. Kongreß der Kommunistischen Partei gehalten hatte, enthielt zwar manche scharfen Wendungen gegen die faschistischen Aggressoren, zugleich aber, auch nach Meinung der deutschen Botschaft, eine noch erheblich schärfere Kritik an den Westmächten, an deren Adresse zweifellos der Ausruf gerichtet war, man werde sich nicht in Konflikte durch Kriegstreiber verwickeln lassen, die gewohnt seien, durch andere sich die Kastanien aus dem Feuer holen zu lassen. Als ein halbes Jahr später im August der russisch-deutsche Vertrag unterzeichnet worden war, haben Stalin und Molotow darauf hingewiesen, daß durch diese Märzrede der Umschwung in den beiderseitigen Beziehungen eingeleitet worden sei, und Ribbentrop beeilte sich zu

versichern, daß man in Deutschland den hier gegebenen Wink sofort verstanden habe. Es ist jedoch fraglich, ob Hitler wirklich Stalins Äußerungen in diesem Sinne aufgefaßt, ja ob er, der gerade den Todesstoß gegen die Tschechei führte, sie überhaupt genauer gelesen hat. Von Seiten der deutschen Botschaft in Moskau hat man zwar betont, daß die merkwürdige Haltung der Sowjetregierung besondere Aufmerksamkeit erregen müsse, in deren mißbilligender Note über die Auslöschung der Tschechei man nur eine Meinungsäußerung, keinen Protest sehen wollte. Auch in Berlin wurde seit Anfang April im Auswärtigen Amt mehrfach von der Möglichkeit, ein besseres Verhältnis zu den Russen herzustellen, gesprochen, und Göring hat sich während eines Besuches in Italien Mitte des Monats sogar mit Mussolini über Stalins Rede und eine etwaige Anknüpfung mit Moskau unterhalten. Über Erwägungen und unverbindliche Sondierungen scheint man aber zunächst nicht hinausgekommen zu sein. Ein Vertrauensmann Ribbentrops will zwar am 7. April von diesem den überraschenden Auftrag erhalten haben, seine persön-

lichen Beziehungen zu den Leuten der Sowjetbotschaft in Berlin zu verbessern. Als er über ein freundliches Gespräch mit dem Botschaftsrat Astachow berichtete, erfolgte indessen ein erschreckter Rückpfeiff, er möge weiterer Berührung ausweichen, da dem Führer die Fortführung solcher Unterhaltung doch wohl nicht erwünscht sei. Es hat auch nicht den Anschein, als ob Bemerkungen des russischen Botschafters Merekalow in einem aus anderem Anlaß geführten Gespräch mit dem Staatssekretär Weizsäcker am 17. April auf Hitler Eindruck gemacht haben, wonach für Rußland kein Grund bestehe, mit Deutschland nicht auf normalem Fuß zu leben, und aus normalen wachsend bessere Beziehungen werden könnten. Fürchtete Hitler eine Falle, einen Bluff, durch den der Kreml sich höhere Angebote der Westmächte verschaffen wollte, hatte er Besorgnis, Japan zu verstimmen, dessen Druck auf die Sowjetunion andererseits vielleicht auch schon genügte, sie zur Zurückhaltung in Europa zu bestimmen, oder war er überzeugt, daß eine Verständigung doch unmöglich war?

Auswirkung der Ersetzung Litwinows durch Molotow

Offenbar ist dann für ihn eine neue Lage eingetreten, als Anfang Mai mit der Erkenntnis des negativen Ausgangs der Bündnisverhandlungen mit Japan die Nachricht der plötzlichen Ersetzung des als prowestlich geltenden russischen Außenkommissars Litwinow durch Molotow zusammentraf. Durchaus möglich, daß vertrauliche Mitteilungen, die schon in den nächsten Tagen der mit Göring eng verbundene General Bodenschatz dem französischen Militärattaché über Hitlers Absicht machte, sich angesichts der Starrköpfigkeit der Polen, der Feindseligkeit der Westmächte und des Zögerns der Japaner mit Rußland zu verständigen, eine Kombination waren, deren Weitergabe vielleicht den Weg zu einem neuen München bereiten sollte. Tatsache aber ist, daß bereits am 6. Mai, drei Tage nach Litwinows Entlassung, der Befehl an Schulenburg zur sofortigen Reise nach Deutschland zwecks Instruktionserteilung erging und daß dann, da mit dem Eintreffen des gerade zur Hochzeit des persischen Kronprinzen in Teheran weilenden Botschafters nicht so schnell zu rechnen war, sein schon am 4. Mai nach Berlin beordeter Mitarbeiter Legationsrat Hilger, der als bester Kenner Rußlands und der Russen galt, zusammen mit Schnurre schleunigst nach München berufen wurde und nach Unterredung mit Ribbentrop am 10. Mai vor Hitler auf dem Obersalzberg zum Vortrag erscheinen mußte. Offensichtlich war zwar Hitler von Hilgers Hinweisen auf die Stärke der Sowjetunion sehr wenig erfreut, aber im Anschluß an die Konferenz kam es doch zu einem ersten wichtigen Schritt: der in den nächsten Tagen in München eintreffende Schulenburg erhielt Anweisung, umgehend nach Moskau zurückzukehren, wo er den ersten Besuch bei Molotow benutzen sollte, um, allerdings mit äußerster Vorsicht, die Aussichten einer Versöhnung zu erkunden und zu diesem Zweck Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen anzuregen, ja auch die Ende Januar abgesagte Entsendung Schnurres anzubieten.

Der Besuch Schulenburgs bei dem neuen Außenminister fand am 20. Mai statt, mit dem Ergebnis der Unterredung aber war man auch in der Botschaft nicht sehr zufrieden. Nach mancherlei Vorwürfen gegen das frühere Verhalten der Deutschen erklärte Molotow, neuen Besprechungen über ein Wirtschaftsabkommen erst dann zustimmen zu können, wenn hierfür die notwendige politische Grundlage geschaffen sei, doch ließen sich weder er noch sein Stellvertreter Potemkin zu Angaben bewegen, was sie darunter verstanden. Wenn schon Schulenburg diese Haltung sehr verdächtig erschien, so glaubte man in Berlin bzw. Berchtesgaden wohl daraus schließen zu müssen, daß die Russen nur deutsche Angebote herauslocken und damit den Gang der eigenen Gespräche mit den Engländern und Franzosen beeinflussen wollten. So wurde der Botschafter schleunigst angewiesen, nunmehr wieder ganz stillzuhalten und abzuwarten, ob die Russen ihrerseits mit der Sprache herausrückten. Deutlich kommen die neuerlichen Zweifel noch in der Ansprache zum Ausdruck, in der Hitler am 23. Mai den hohen Militärs die Notwendigkeit einer baldigen kriegerischen Auseinandersetzung mit Polen oder mit England — möglichst freilich nicht mit beiden zu-

gleich — vorführte. Da war gesagt, daß ein Desinteressement Rußlands an der Zertrümmerung Polens nicht ausgeschlossen sei, wenn man aber dort weiter gegen Deutschland sich stelle, könne das eigene Verhältnis zu Japan enger ausgebaut werden.

Doch schon wenige Tage darauf ist das Thema des Werbens um Moskau in Berlin und auf dem Obersalzberg erneut ernsthaft diskutiert worden. Wahrscheinlich hat dazu eine allzu optimistische Erklärung des englischen Premierministers Chamberlain vom 24. Mai über einen bevorstehenden erfolgreichen Abschluß der Verhandlungen mit den Russen den Anstoß gegeben. In einer Niederschrift Weizsäckers vom 25. Mai ist von drei möglichen Aktionen die Rede, um doch noch eine russische Festlegung gegen das Reich zu verhindern, oder wenigstens aufzuhalten: entweder durch Hilger, der soeben in Berlin mit Schnurre die deutschen Wünsche für ein etwaiges erweitertes Handelsabkommen erörtert hatte, die Bereitschaft nicht nur zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen, sondern in lockerer Form auch zur Bereinigung anderer Fragen zu zeigen oder den italienischen Botschafter in Moskau mit Versicherungen der deutschen Geneigtheit zu engerem Kontakt vorzuschieben oder endlich ein Gespräch des Reichsaußenministers persönlich mit Merekalow herbeizuführen, falls dieser von seiner schon im April angetretenen Reise nach Moskau zurückkehrte. Am folgenden Tag hat Weizsäcker dann einen Brief an Schulenburg geschrieben, durch den der erste Vorschlag in Gang gebracht werden sollte: nach seinem Wiedereintreffen in Moskau möge Hilger wegen des Handelsvertrages vorstellig werden und bei Fragen nach der politischen Basis erklären, daß nach seinen in Berlin gewonnenen Eindrücken diese wohl gefunden werden könnte. Um die gleiche Zeit aber wurde der Entwurf einer umfangreichen Instruktion Ribbentrops an Schulenburg verfaßt, der noch einen vierten Weg, nämlich unzweideutige Erklärungen des Botschafters an Molotow vorsah: die deutsche Auffassung gehe dahin, daß ein realer Interessengegensatz zwischen beiden Mächten nicht bestehe, dem Reich lägen Absichten auf die Ukraine völlig fern, man sei wie mit Italien, so auch mit Japan verbunden, wolle aber russisch-japanischen Gegensätzen entgegenwirken und würde bei einem Konflikt mit Polen russischen Interessen Rechnung tragen, angesichts dieser Einstellung könnte man ein Eingehen des Kreml auf die Einkreisungsbestrebungen Englands, das gemäß seiner traditionellen Politik anderer Mächte für sich die Kastanien aus dem Feuer holen lasse — das Bild aus Stalins Rede —, nicht verstehen, zumal er sich dadurch Deutschland und Japan endgültig zu Feinden mache. Wohl in Kenntnis der diesen Schreiben zugrunde liegenden Entscheidungen ist Hilger von Berlin abgereist, aber statt jener Weisungen, von denen weder die eine noch die andere wirklich abging, überholte ihn ein Telegramm mit der Mitteilung, daß neue Überlegungen zu dem Entschluß geführt hätten, weder durch ihn noch durch den Botschafter Schritte zu unternehmen. Die Berichte des Berliner Vertreters Italiens Attolico nach Rom lassen uns einigermaßen erkennen, warum dieser erste ernsthafte Ansatz, zu dem auch Hitler anscheinend seine Zustim-

mung gegeben hatte, doch wieder abgestoppt wurde: Ribbentrop hatte am 26. Mai die Botschafter Japans und Italiens von dem Vorhaben einer Annäherung an Rußland in Kenntnis gesetzt, von ihnen aber erhob der Japaner entschiedenen Einspruch, da mit solchen Zusicherungen an Rußland nur das Gegenteil dessen, was man beabsichtigte, erreicht, zugleich aber auch die japanischen Sympathien für Deutschland schwer erschüttert werden könnten, und der Italiener äußerte gleichfalls Bedenken. Auf die Meldung hiervon hat Hitler Gegenordre erteilt. In einem Brief an Schulenburg vom 27. Mai gab Weizsäcker die sich wohl auf Hitler beziehende Erläuterung, man habe die Wahrscheinlichkeit, die russisch-englischen Kombinationen zu bremsen, immer recht bescheiden eintaxiert, „so daß man abwägen müßte, ob eine sehr offene Aussprache in Moskau statt zu nützen, vielleicht eher schaden und sogar vielleicht ein Tatarengelächter hervorrufen könnte“; auch hätte in der Abwägung eine Rolle gespielt, daß die Japaner ein Glied in der ganzen Kette, nämlich einen schrittweisen Ausgleich zwischen Moskau und Tokio, als äußerst problematisch bezeichnet und auch die Italiener sich sehr zurückhaltend gezeigt hätten. Es erwies sich indessen, daß das letzte Wort damit noch keineswegs gesprochen worden war. Schon am 29. Mai — es war der Pfingstmontag — berief Ribbentrop Weizsäcker, den Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, Gaus, und Schnurre auf seinen bei Berlin gelegenen Landsitz Sonnenburg zu einem Gespräch, zu dem dann auch Attolico zugezogen wurde. Der Führer, so ergab sich, wünsche nun doch irgendeine unverfängliche Anknüpfung mit den Russen, man erörtere zunächst jenen Weg einer italienischen Vermittlung. Auf Grund der skeptischen Beurteilung Attolicos wurde das Projekt fallen gelassen, dafür aber beschlossen, eine gegenüber dem Plan vom 26. allerdings entschieden modifizierte Fühlungnahme mit den Russen durch ein Gespräch Weizsäckers mit dem Geschäftsträger Astachow einzuleiten. Es fand bereits am Vormittag des nächsten Tages statt, wobei ein russischer Wunsch auf Weiterbestehen einer Handelsvertretung in Prag den Vorwand bildete. Dazu äußerte der Staatssekretär, daß eine deutsche Zustimmung angesichts der wenig ermutigenden Äußerungen Molotows zu der Frage der Wiederaufnahme der Handelsbesprechungen nicht leicht falle, und er benutzte dann eifrige Versicherungen Astachows, daß der Außenkommissar keineswegs einen Riegel vor weitere Erörterungen habe schieben wollen, um allgemein die deutsche Einstellung gegenüber der Sowjetunion zu entwickeln: sie sei nicht engherzig, aber auch nicht aufdringlich, es gebe eine Auswahl von einer Normalisierung der Beziehungen bis zu unnachgiebiger Gegnerschaft, man wisse nun nicht, ob die Sowjetunion den englischen Lockungen schon Gehör geschenkt habe, selbst verlange man von Moskau nichts, wolle sich später aber nicht lassen, man habe hinter dem Berg gehalten und eine Schweigemauer aufgerichtet. Am selben Abend wurde dann auch noch Hilger die Ermächtigung erteilt, von sich aus Verbindung mit Mikojan aufzunehmen, wobei er Zweifel an dem Ernst des deutschen Willens zur Verbreiterung der Wirtschaftsbeziehungen zerstreuen, bei Aufwerfen politischer Fragen aber sich auf die Erklärungen Weizsäckers beziehen sollte.

Die letzten Maitage hatten so nach manchem Hin und Her, das deutlich die Unsicherheit und das Schwanken der Staatsführung enthüllt, doch von deutscher Seite einen Schritt vorwärts gebracht. Würde er aber genügen, um die russische Haltung zu beeinflussen? Astachow, der schon vorher in Unterredungen mit Schnurre sich sehr freundlich geäußert hatte, nahm zwar die Erklärungen Weizsäckers mit sichtbarer Befriedigung auf. Und von der ersten Rede, die Molotow am 31. Mai vor dem Obersten Sowjet hielt, berichtete Schulenburg, daß sie bei grundsätzlicher Ablehnung der Politik der sogenannten Aggressorstaaten Ausfälle gegen Deutschland vermieden und die Geneigtheit zur Fortsetzung der in Berlin und Moskau begonnenen Gespräche zu erkennen gegeben habe, wobei der Botschafter freilich doch glaubte, daß die Sowjetunion mit den Westmächten bei Bewilligung aller ihrer Forderungen abschließen werde. Als Mikojan bei einer ersten Besprechung mit Hilger am 2. Juni im wesentlichen nur nach dem weiteren *modus procedendi* fragte, drängte in Berlin Schnurre darauf, durch das Angebot seiner Reise nach Moskau die Dinge voranzutreiben. Daß Mikojan in einer neuen Unterredung am 8. Juni unter Würdigung auch der politischen Bedeutung dieser Mission das russische Einverständnis damit erklärte,

scheint in der Botschaft einen gewissen Optimismus ausgelöst zu haben, obwohl die von den Russen gestellte Bedingung, daß die Deutschen dem letzten sowjetischen Vorschlag vom Februar über die Lieferungen im wesentlichen zustimmten, für Berlin kaum annehmbar war. Man hielt indessen, um weiter zu kommen, volle Klärung der deutschen Absichten für nötig, und so flog am 10. Juni Schulenburg erneut nach Berlin, und ihm folgte seinem Wunsch gemäß einige Tage später auch Hilger. Dieser kehrte bereits am 17. Juni wieder nach Moskau zurück mit dem Auftrag, zu erklären, daß eine Festlegung auf die alten russischen Forderungen nicht angängig sei, da diese ja gerade Gegenstand der von Schnurre zu führenden und abzuschließenden Verhandlungen bilden sollten, daß man aber inzwischen sich bemüht habe, manche Hindernisse, die ehemals aufgetreten seien, aus dem Wege zu räumen. Schulenburg blieb noch in Berlin, wo er am 17. Juni Astachow den Wunsch Deutschlands auf Verbesserung der Beziehungen zum Ausdruck brachte, vor allem aber wohl zu ergründen suchte, wieweit er etwa bei Molotow mit politischen Angeboten gehen könne. Wie er nach seiner Rückreise seinem italienischen Kollegen anvertraute, war er in Berlin wieder auf starke Skepsis hinsichtlich der Möglichkeit einer Vereitelung des russisch-westmächtlichen Zusammenschlusses gestoßen, man hatte dann den Gedanken dreiseitiger Nichtangriffszusicherungen Deutschlands, Japans und Rußlands erörtert, und schließlich war er wenigstens autorisiert worden, unter Umständen bei den Russen ein entsprechendes Abkommen mit dem Reich anzuregen, wie es soeben Astachow nach Mitteilungen des bulgarischen Gesandten diesem gegenüber als Voraussetzung für den sowjetischen Verzicht auf einen Vertrag mit England und Frankreich bezeichnet hatte.

Doch inzwischen schien sich die Aussicht, mit den Männern im Kreml in ein ernsthaftes Gespräch zu kommen, erheblich verschlechtert zu haben. Im Gegensatz zu Astachow zeigte sich Mikojan bei einer Aussprache, die Hilger unmittelbar nach seiner Rückkehr erbeten hatte, wenig freundlich: jene deutsche Erklärung zu den Wirtschaftsfragen sei enttäuschend, da sie konkrete Angaben über das, was man von den russischen Forderungen annehmen wolle und was nicht, vermissen lasse, überhaupt aber habe man nicht die Sicherheit, ob das Ganze nicht nur die Fortsetzung eines politischen Spieles sei. Wenn es die Deutschen einigermaßen beruhigt hatte, daß ein russisches Kommuniqué das Ergebnis einer ersten Unterredung Molotows mit dem nach Moskau gekommenen englischen Sondergesandten Strang als „nicht ganz günstig“ bezeichnete, so mußten sie jetzt für ihre Eröffnungen genau die gleiche Note hinnehmen. Erst am 25. Juni konnte Hilger den Außenhandelskommissar erneut sprechen, der aber auf dem Standpunkt beharrte, daß man die deutschen Zugeständnisse wissen müsse, bevor man Schnurre nach Moskau kommen lasse. Würde es dem am folgenden Tag wieder eintreffenden Botschafter gelingen, das Eis zu brechen? Am 28. war er bei Molotow, der aber über Sinn und Dauer von inzwischen zwischen dem Reich und den baltischen Staaten vereinbarten Nichtangriffspakten ironische Bemerkungen machte und Fragen nach dem Inhalt der von ihm geforderten politischen Basis wieder ausweichend beantwortete. Schulenburg, nach dessen Auffassung die Russen zwar von tiefem Mißtrauen erfüllt, aber doch an der Aufrechterhaltung des Kontaktes und an genaueren Informationen über die deutsche Meinung sehr interessiert waren, schlug in Berlin vor, entweder bei Mikojan die Entsendung eines russischen Bevollmächtigten nach Deutschland anzuregen oder die Wirtschaftsbesprechungen durch ihn, den Botschafter, führen zu lassen. Beidem widersprach Schnurre, auch weil bei diesem weniger auffallenden Verfahren der erstrebte politische Zweck der störenden Einwirkung auf die westmächtlich-russischen Verhandlungen nicht erreicht werde. Aber nun griff Hitler ein und brachte das ganze Spiel wieder zum Stillstand. Zunächst kam aus Berchtesgaden telefonisch die Weisung an den Reichsaußenminister, man möge den Russen erklären, daß man angesichts ihrer untragbaren Forderungen an einer Wiederaufnahme der Wirtschaftsverhandlungen nicht mehr interessiert sei. Diese schroffe Absage scheint dann freilich wieder zurückgezogen worden zu sein, immerhin aber wurde Schulenburg am 30. Juni dahin informiert, daß auf politischem Gebiete nun genügend gesagt und das Gespräch einstweilen nicht fortzusetzen, hinsichtlich der Handelsfragen die Überlegungen

noch nicht abgeschlossen, aber auch hier nichts weiter zu veranlassen und neue Instruktionen abzuwarten seien.

Für das Auf und Ab in der Haltung Hitlers ist es bezeichnend, daß er sich dann rasch entschloß, die Bemühungen um das Kredit- und Lieferungsabkommen doch weitergehen zu lassen. Jene Überlegungen, von denen in der Weisung nach Moskau die Rede war, basierten auf Vorschlägen Schnurres, wonach man den Wünschen Mikojans durch Präzisierung der offenen Punkte und Aufstellung einer genauen Tagesordnung für die Gespräche entsprechen solle. Am 5. Juli hat dann in der Reichskanzlei eine Besprechung stattgefunden, in der Hitler der Absendung der schon eine Woche vorher von Schnurre aufgesetzten Instruktionen für die Antwort an Mikojan zustimmte. Sie ist dann Mikojan übergeben worden, der seinerseits Hilger am 15. Juli von einer dadurch erreichten erheblichen Klärung der Lage sprach und vorschlug,

Die dramatische Wendung der deutschen Politik

Indessen weder die freundliche Haltung der Russen noch auch die Nachricht von der bevorstehenden Reise westmächtlicher Militärs nach Moskau dürften für die dramatische Wendung, die die deutsche Politik nach Mitte Juli nahm, maßgebend gewesen sein. Noch um den 10. Juli hatte Weizsäcker dem von Moskau nach Berlin kommenden Botschaftsrat v. Toppelskirch erklärt, politisch sei von deutscher Seite für den Augenblick genug geschehen, wirtschaftlich könne man wohl weiterzukommen suchen, aber langsam und schrittweise. Toppelskirch fand Schnurre wegen dieser Langsamkeit in schlechter Stimmung, worauf er ironisch bemerkte, sie von der Botschaft könnten auch nicht Molotow und Mikojan durchs Brandenburger Tor heranschleppen. „Nach meinen Eindrücken“, so schrieb der Botschaftsrat am 12. Juli an seinen Chef Schulenburg „ist das Problem Sowjet-Union hier noch immer höchst interessant. Die Meinungen sind aber schwankend und unentschieden. Eine politische Willensbildung hat sich noch nicht durchgesetzt“. Sie muß sich nun aber im Laufe der nächsten Tage durchgesetzt haben. Das erste Anzeichen dafür liegt in einem Telegramm Weizsäckers an Schulenburg vom 22. Juli vor, in dem der aus allgemeinen Gründen bestehende Wunsch auf möglichst raschen Abschluß des Wirtschaftsabkommens festgestellt und die am 30. Juni vorgeschriebene Wartezeit für politische Besprechungen als abgelaufen bezeichnet wurde. Drei Tage später rief Ribbentrop, der sich nach der Beobachtung eines seiner Untergebenen zur Zeit brennend für alle die Sowjetunion betreffenden Fragen interessierte, Schnurre zu sich und beauftragte ihn, Astachow und Babarin zum Abendessen einzuladen und ihnen dabei bestimmte Eröffnungen zu machen. Am 26. Juli fand dies Zusammentreffen in dem Berliner Weinhaus Ewest statt. Anknüpfend an frühere Äußerungen Astachows gab Schnurre dabei weisungsgemäß zu erkennen, daß ihm die Herstellung einer engen Zusammenarbeit der beiden Mächte durchaus erreichbar schiene, wobei er sich 3 Etappen vorstellen könne, zunächst die Einigung über das Wirtschaftsabkommen, sodann Normalisierung der politischen Beziehungen und endlich deren Festigung entweder unter Anknüpfung an den Berliner Vertrag von 1926 oder als Neuordnung auf der Grundlage der Abstimmung der beiderseitigen lebenswichtigen Interessen. Daran schloß sich der bedeutsame lockende Hinweis, daß es nichts auf der ganzen Linie von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und dem Fernen Osten gebe, über das man sich nicht verständigen könne. Als die Russen zwar eifrig zustimmten, aber angesichts des in Moskau herrschenden Mißtrauens nur eine allmähliche Entwicklung für möglich hielten, versicherte Schnurre, daß die deutsche Politik sich völlig gewendet habe und gerade jetzt die Zeit für einen weitgehenden Ausgleich günstig sei. Was könne, so erklärte er noch, die Sowjetunion denn von England erwarten: nichts als die Beteiligung an einem Krieg und die Feindschaft Deutschlands, während dieses ihr das Herausbleiben aus dem drohenden Konflikt und eine Verständigung zu ihrem Nutzen biete.

Es kann kein Zweifel sein: die Entscheidung war gefallen, Hitler hatte sich nunmehr entschlossen, alles aufzubieten, um auf dem Wege

die noch strittigen Punkte in Berlin durch Besprechungen des nach dort entsandten russischen Wirtschaftssachverständigen Babarin mit Schnurre auszugleichen. Dem am 18. Juli stattfindenden Besuch Babarins bei Schnurre folgte am 22. ein überraschender Schritt von russischer Seite: die gesamte sowjetische Presse veröffentlichte eine Mitteilung, daß die Verhandlungen mit dem Reich über ein Kredit- und Handelsabkommen wieder aufgenommen seien und durch Babarin und Schnurre in Berlin geführt würden. Natürlich konnte dahinter noch immer die Absicht stecken, Engländer und Franzosen unter Druck zu setzen, mit denen man sich gerade zu diesem Zeitpunkt über den Text eines politischen Abkommens einigte, dessen Abschluß man aber von dem Ergebnis jetzt in Moskau aufzunehmender militärischer Konferenzen abhängig machte. Immerhin lag in jener Publikation eine Ermutigung für deutsche Verständigungsbestrebungen.

über Rußland dem Westen die Möglichkeit zu einer wirksamen Unterstützung der Polen aus der Hand zu schlagen. Er konnte nun aber nicht mehr warten, da aus klimatischen Gründen der Angriff auf Polen, falls er raschen Erfolg haben sollte, spätestens um den 1. September beginnen mußte. So wurde denn, während noch dem Gesandten in Helsinki gegenüber auf durch die Finnen veranlaßte Anfrage Behauptungen von einer bevorstehenden deutsch-russischen Verständigung auf dem Rücken der baltischen Staaten als böswillige Erfindung abgetan wurden, ein unerhörtes Tempo eingeschlagen, um eben dieses Geschäft zustande zu bringen. Das Problem Rußland, so konnte Schnurre am 2. August dem Grafen Schulenburg berichten, werde nun mit außerordentlicher Dringlichkeit behandelt, fast täglich habe er in den letzten 10 Tagen mündliche oder telefonische Besprechungen mit Ribbentrop gehabt, der, wie er wisse, mit dem Führer in ständigem Meinungs austausch hierüber stehe; Ziel sei dabei nicht nur die Störung der englischen Aktion in Moskau, sondern eine wirkliche Verständigung. Schon war in der Weisung, die am 29. Juli an die Botschaft gegangen war, das, was man anbieten wollte, etwas deutlicher umrissen: bei jeder Entwicklung der polnischen Frage, wie auch im Baltikum sollten die russischen Interessen ihre Befriedigung finden. Während Schulenburg dieses Molotow am 3. August andeutete, hatte schon am Tage vorher in Berlin der Reichsaußenminister persönlich Astachow die Äußerungen Schnurres autoritativ bestätigt, und weisungsgemäß stieß Schnurre am folgenden Tage nach, indem er dem Geschäftsträger erklärte, daß es nun auf die Zustimmung Moskaus zur Konkretisierung der Gespräche ankomme.

Es war in der Tat die große Frage, ob Mißtrauen und Bedenken der Russen zu überwinden, ob sie überhaupt bereit waren, wirklich für die Macht zu optieren, die noch vor kurzem als der grimmigste Feind hatte gelten müssen. Die Antwort, die Molotow Schulenburg gab und die Astachow am 5. August Schnurre gegenüber wiederholte, war gewiß nicht unfreundlich, doch meinte Astachow, daß man zunächst einmal den Kreditvertrag aushandeln solle. In Berchtesgaden, wohin Hitler wieder übergesiedelt war, konnten diese unbestimmten Äußerungen nicht befriedigen. Zusammen mit dem aus Moskau gekommenen Militärattaché General Köstring wurde Schnurre nach Ribbentrops Salzburger Sitz Fuschl berufen, wo er den Auftrag erhielt, dem russischen Geschäftsträger gegenüber mit noch stärkerem Geschütz aufzufahren, was er bereits am 10. August ausführte: man wolle wissen, so erklärte er Astachow, was für Absichten die Russen hätten, von deutscher Seite sei man jedenfalls im Falle eines Krieges mit Polen, wo man nur beschränkte Interessen habe, bereit, der Sowjetunion jede Sicherheit zu geben. Und nun kam wirklich eine erste positive Reaktion. Hitler hatte am 12. August gerade den nach Berchtesgaden gekommenen italienischen Außenminister Ciano von seinen Angriffsabsichten auf Polen unterrichtet und eine optimistische Beurteilung der Lage gegeben, als ihm ein angeblich aus Moskau stammendes Telegramm überreicht wurde: in Wirklichkeit war es wohl die Meldung Schnurres über ein neues Gespräch mit Astachow, wonach die Sowjetregierung bereit sei, nicht nur die Wirtschaftsbesprechungen fortzuführen, sondern auch in Moskau

das politische Problem und die Frage der Gültigkeit oder Erneuerung früherer deutsch-russischer Verträge zu erörtern. Hitler legte dies Ciano gegenüber dahin aus, daß die Russen mit der Entsendung eines deutschen Sonderbevollmächtigten nach Moskau einverstanden seien.

In den Überlegungen, wem diese wichtige Aufgabe anzuvertrauen sei, hat man zuerst den Reichsminister Dr. Frank in Aussicht genommen, den Schnurre begleiten sollte. Ribbentrop will Göring in Vorschlag gebracht haben, doch habe dann Hitler ihn, Ribbentrop, selbst bestimmt. Am 14. August ging eine ausführliche Instruktion an Schulenburg, die er wörtlich Molotow vorlesen sollte. Es war da von der Erreichung eines geschichtlichen Wendepunktes, von dem Abschluß der Periode der außenpolitischen Gegnerschaft für alle Zeiten, konkret dann von einer zur Zufriedenheit beider Länder vorzunehmenden Regelung der Ostsee, Baltikum, Polen und den Südosten betreffenden Fragen die Rede, woran sich die Erklärung schloß, daß, da angesichts der Zuspitzung des deutsch-polnischen Verhältnisses eine rasche Klärung erforderlich und dafür der übliche diplomatische Kanal ungenügend sei, der Reichsaußenminister selbst zu einem kurzen Besuch nach Moskau kommen wolle, „um namens des Führers Herrn Stalin die Auffassung des Führers auseinanderzusetzen.“ Bei dem am Abend des 15. August stattfindenden Empfang des Botschafters durch Molotow versprach dieser baldige Antwort, meinte indessen, daß die Reise einer entsprechenden Vorbereitung bedürfe, damit sie auch zu einem Ergebnis führe, das u. a. — hier wurden nun die Russen zum erstenmal konkreter — den Abschluß eines Nichtangriffspaktes, eine etwaige Einwirkung Deutschlands auf Japan und eine Garantie der Baltenstaaten einschließen könnte. Prompt kam von Berlin die Ermächtigung an Schulenburg, dies alles zuzusagen, zugleich aber auch die besondere Dringlichkeit vorzustellen und die Zustimmung zu der Reise des mit allen Vollmachten versehenen Ministers schon ab 18. August zu erbitten. Die neue Unterredung Schulenburgs mit Molotow am Abend des 17. nahm nun freilich nicht ganz den erhofften Verlauf. Der Volkskommissar verlas zunächst die in Aussicht gestellte Antwort, in der nach einigen Bemerkungen über die frühere unfreundliche Haltung Deutschlands dessen Schwenkung begrüßt, als erster Schritt zu einer Verständigung aber der Abschluß des Wirtschaftsabkommens gefordert wurde, worauf ein Nichtangriffspakt bzw. eine Bestätigung des Vertrages von 1926 folgen könnte bei — wie es wörtlich heißt — *„gleichzeitiger Vereinbarung eines speziellen Protokolls, das die Interessen der vertragschließenden Teile in diesen und jenen Fragen der auswärtigen Politik regelt“*. Molotow blieb dann dabei, daß die Reise Ribbentrops einer gründlichen Vorbereitung bedürfe, man ziehe es vor, ohne viel Aufheben praktische Arbeit zu leisten, zu welchem Zweck man unverzüglich Entwürfe für Nichtangriffspakt und Protokoll herstellen möge. Hitler und seinen Getreuen aber brannte es nun auf den Nägeln. Es galt schleunigst jene erste von den Russen geforderte Etappe zurückzulegen, mit der Mahnung, nicht über Zwirnsfäden zu stolpern, drängte Ribbentrop dauernd Schnurre, mit Babarin über das Kredit- und Handelsabkommen zum Abschluß zu kommen; es wurde in der Tat unter weitgehender Berücksichtigung der russischen Wünsche paraphiert und, nachdem die russischen Unterhändler zum großen Ärger der anderen Seite den festgesetzten Vollziehungstermin mehrmals abgesagt hatten, endlich in der Nacht vom 18. zum 19. unterzeichnet. Es war schon als unterschrieben bezeichnet in einer neuen Weisung an Schulenburg vom 18., die einen nur aus 2 Artikeln bestehenden Entwurf für den Nichtangriffspakt enthielt, hinsichtlich des Protokolls aber sofortige Besprechungen mit dem zur Abreise bereiten Reichsaußenminister vorschlug, der alle Details zu regeln in der Lage sei. Mit Engelszungen suchte der Botschafter am Nachmittag des 19. August Molotow zu überzeugen, daß dies das einzige Mittel sei, um sich nicht vom Ausbruch des Krieges überraschen zu lassen. Noch kehrten er und Hilger ohne Ergebnis in die Botschaft zurück, doch eine halbe Stunde darauf wurden sie erneut in den Kreml gerufen, wo ihnen Molotow, der zweifellos inzwischen bei Stalin gewesen war, nicht nur einen eigenen Entwurf des Nichtangriffspakts überreichte, der den deut-

schen auf 5 Artikel erweiterte, sondern auch die Zustimmung dazu aussprach, daß Ribbentrop etwa eine Woche nach Veröffentlichung des Wirtschaftsabkommens in Moskau eintraf. Aber solange konnte und wollte Hitler nicht warten. Am Nachmittag des 20. August jagte ein neues Telegramm nach Moskau, das Schulenburg befahl, eine persönliche Botschaft des Führers an Stalin zu übergeben: in ihr wurde das Handelsabkommen als erster Schritt zur Neugestaltung des deutsch-sowjetischen Verhältnisses begrüßt, der russische Entwurf für den Nichtangriffspakt, der eine Festlegung der deutschen Politik auf lange Sicht mit allen daraus zu ziehenden Konsequenzen sein werde, akzeptiert, die substantielle Klärung des gewünschten Zusatzprotokolls für sicher erklärt, falls ein verantwortlicher deutscher Staatsmann drüben in Moskau verhandele, und schließlich gebeten, angesichts der unerträglich gewordenen Lage den Reichsaußenminister am 22., spätestens am 23. zu empfangen. Es war völlig unnötig, daß Ribbentrop am Vormittag des 21. noch einen persönlichen Befehl hinterherhetzte, Schulenburg möge mit aller Energie dafür sorgen, daß die Reise zustande komme. Auf sein dauerndes Drängen erreichte der Botschafter am Nachmittag dieses Tages Molotow, der sichtlich beeindruckt war und kurz danach das Einverständnis Stalins mit Ribbentrops Eintreffen am 23. August mitteilte. Ein Kommuniqué sollte der Welt die sensationelle Nachricht von der deutsch-russischen Verständigung, an der nun kein Zweifel mehr sein sollte, bekanntgeben.

Voll Triumph konnte Hitler am 22. August den auf den Obersalzberg berufenen Führern der Wehrmacht verkünden, daß die Hoffnungen seiner Gegner auf Rußland durchkreuzt und Polen damit in der Lage sei, in der er es haben wollte. Inzwischen befand sich bereits Ribbentrop mit einem Stab von 30 Personen auf dem Flug nach dem Osten. Was sich nach seiner Ankunft in Moskau am Mittag des 23. abspielte, ist aus den Schilderungen beteiligter deutscher Diplomaten wie Hencke, Hilger, Gaus, Kleist und Schmidt bekannt. Über den Nichtangriffspakt bestand schon vorher Einigkeit: er enthielt gemäß dem russischen Entwurf die Zusage der Nichtunterstützung einer dritten Macht, wenn der Vertragspartner Gegenstand kriegerischer Handlungen seitens dieser Macht werden sollte, also nicht nur bei einem ausgesprochenen Angriff. Zu besprechen war der Inhalt des geheimen Zusatzprotokolls. Das geschah in einer ersten dreistündigen Konferenz am Nachmittag, bei der Ribbentrop, Schulenburg und Hilger sich bereits nicht nur Molotow, sondern auch Stalin gegenüber sahen. Es wurde — doch wohl im Wesentlichen auf Vorschlag der Russen — vereinbart, daß für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den baltischen Gebieten die nördliche Grenze Litauens die Grenze der Interessensphären bilden, d. h. Finnland, Estland und Lettland dem russischen, Litauen dem deutschen Bereich zufallen, daß hinsichtlich Polens, falls dort Veränderungen einträten, eine durch die Flüsse Narew, Weichsel und San bestimmte Demarkationslinie vorgesehen, im übrigen die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen ließen und wie er abzugrenzen sei, erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt, jedenfalls aber auf dem Wege freundschaftlicher Verständigung gelöst werden sollte, endlich daß Deutschland an dem damals zu Rumänien gehörenden Bessarabien desinteressiert sei. Eine Differenz gab es anscheinend nur hinsichtlich der baltischen Ostseeküste mit den Häfen Libau und Windau: von sich aus hielt Ribbentrop sich nicht für ermächtigt, sie dem Einfluß der Russen zu überlassen, es wurde daher eine Pause eingelegt, in der er telegraphisch die Entscheidung Hitlers zu den russischen Forderungen erbat, die umgehend mit dem Wort „einverstanden“ erfolgte. Am späten Abend kam man in größerem Kreise im Kreml zu einer zweiten Sitzung zusammen, in der die Unterzeichnung erfolgte und anschließend das Werk mit Trinksprüchen gefeiert wurde, während man zugleich in der Beurteilung der allgemeinen Lage weitgehende Übereinstimmung feststellte. Hierbei war auch noch von der früher ja von den Russen geforderten deutschen Mitwirkung bei einer Verbesserung der russisch-japanischen Beziehungen die Rede, die Ribbentrop bereitwillig zusagte.

Motive, Sinn und Ziele des Hitler-Stalin-Paktes

Das war der Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939, mit dessen Zustandekommen wir unsere Untersuchung abschließen. Es gilt nun noch, zu diesem ganzen Vorgang des Werdens der russisch-deutschen Verständigung urteilend Stellung zu nehmen. Es gehört nicht zu dem eigentlichen Thema, Motive, Sinn und Ziele des Verhaltens der Russen zu deuten, aber man wird doch wenigstens einige Bemerkungen darüber erwarten. Den Ausgangspunkt für die Bereitschaft des Kreml, mit den Deutschen zu verhandeln, bildeten zweifellos der Zusammenbruch der Politik der kollektiven Sicherheit im Jahre 1938, die tiefe Enttäuschung über das Münchener Abkommen der Westmächte mit Hitler, das dadurch geförderte Mißtrauen, daß jene eine deutsche Aktion gegen die Sowjetunion wenn nicht wünschten, so doch zulassen würden, die Furcht, isoliert diesem Ansturm ausgesetzt zu sein. Die Lage wandelte sich zwar, als Hitler seine Münchener Partner durch den Griff nach Prag vor den Kopf stieß und auf Grund seiner Wendung gegen Polen erneut mit ihnen in Konflikt geriet. Es lag für die Russen nahe, die Atempause zur Befestigung der eigenen Stellung auszunutzen, die beiden europäischen Gruppen gegeneinander auszuspielen, um sowohl ein neues München zu verhindern als auch die Gefahr eines deutsch-japanischen Zusammenwirkens gegen die Sowjetunion zu beschwören. So hat man auf der einen Seite die nun von London und Paris kommenden Werbungen nicht abgewiesen, auf der anderen den Deutschen zu verstehen gegeben, daß man unter Umständen zu der Herstellung eines *modus vivendi* bereit sei. Daß man die Verhandlungen mit den Westmächten gar nicht ernst genommen hat, ist nicht wahrscheinlich: hat doch ein so kluger Beobachter wie Graf Schulenburg noch Anfang August deren erfolgreichen Abschluß für möglich gehalten, falls die russischen Forderungen angenommen wurden. Mit der Durchsetzung dieser Forderungen wollte man sich wohl für den Fall eines Krieges politisch und militärisch so sichern, daß man nicht schließlich die Hauptlast tragen mußte und zugleich den eigenen Einfluß ausdehnen konnte. Man hat später erklärt — und russische, tschechische und ostdeutsche Historiker haben das eifrig bestätigt —, daß die Nichtannahme dieser Forderungen den bösen Willen der kapitalistischen Mächte enthüllt und so diese, die zugleich heimliche Ausgleichsverhandlungen mit Hitler begannen, die Sowjetunion gezwungen hätten, durch den Vertrag mit Deutschland die eigene Existenz zu retten. Möglich, daß auch in der letzten Phase das Mißtrauen gegen den Westen und die Besorgnis vor einer Verwicklung in einen Krieg mit zweifelhaften Chancen bei den Überlegungen Stalins eine Rolle gespielt haben. Aber verband sich damit nicht die Erwägung, daß die Annahme der deutschen Angebote, die man offenbar seit Molotows Wort von der politischen Basis durch eine geschickte Taktik des Hinhaltens herauszulocken suchte, eine erhebliche Machtausdehnung vorerst ohne eigenes Risiko versprach? Und war man sich, als man Hitlers Hand ergriff, nicht klar darüber, daß man damit den Weg zu einer neuen Teilung Polens und der Länder des Baltikums freigab? Und hoffte man endlich nicht, daß der nun sicher zu erwartende Krieg ohne Aufwand eigener Kräfte eine gewaltige Krise in Europa herbeiführte, an deren Ende der Triumph der bolschewistischen Weltrevolution stehen konnte?

Doch uns interessiert hier ja in erster Linie die deutsche Seite. Hitler selbst hat bei und nach dem Zustandekommen des Paktes behauptet, er sei von vornherein überzeugt gewesen, daß Stalin an der Erhaltung Polens nichts liege und er deshalb auf die englischen Angebote nicht eingehen werde, und so habe er auch in der Erkenntnis, daß man auf

Japan nicht rechnen könne, nach Litwinows Ablösung die Umstellung gegenüber Rußland allmählich durchgeführt und schließlich die russische Zustimmung gewonnen. Wie wir sahen, ist der Weg zu dem Pakt doch keineswegs so gradlinig gewesen. Wenn die Männer des Auswärtigen Amts wie Weizsäcker, Schnurre, Schulenburg und seine Mitarbeiter beständig auf eine Verbesserung der Beziehungen mit Moskau hinarbeiteten, nicht, um dadurch die Zertrümmerung Polens zu ermöglichen oder Chancen für eine erfolgreiche Auseinandersetzung mit dem Westen zu gewinnen, sondern um Gefahren für Deutschland und für den Frieden zu bannen, so ist Hitler, der seit dem Frühjahr in der Lösung des polnischen Problems die erste notwendige Voraussetzung weiterer Machtausdehnung sah, lange Zeit unsicher gewesen, ob er dazu die russische Unterstützung nötig hatte und ob sie zu erreichen war. Erst Mitte Juli ist der Zickzackkurs beendet und der Beschluß gefaßt worden, in rücksichtsloser Preisgabe anderer und auch deutscher Interessen die russische Zustimmung zu seinen nächsten Schritten zu erkaufen. Dabei hat wohl Verschiedenes auf ihn eingewirkt, die Besorgnis, daß England den Kreml doch noch zum Einschreiten gegen die deutsche Expansion bewegen werde, der Ärger über die japanische Zurückhaltung, die Hoffnung, auf diese Weise Polen trotz aller Garantieverprechen zu isolieren, der wachsende Glaube, daß die Russen zu einem Geschäft bereit seien, bei all dem dann die drängende Erkenntnis, daß nun keine Zeit mehr zu einer Neugestaltung der ungünstigen Weltsituation verloren werden durfte, die eine Durchführung seines Vorhabens gegen Polen zu dem letzten dafür möglichen Termin ohne ein völlig unerträgliches Risiko gestattete. Wenn davor gewarnt worden ist, bei Interpretation der Motive von Hitlers Handeln zuviel rationale Überlegungen und Folgerichtigkeit entdecken zu wollen, so wird man dies gerade auch im Hinblick auf seine Politik im Sommer 1939 berechtigt finden: sie verlor sich in einem fast grotesken Wechsel von Vorstoß und Abbremsen, bis er in einer der für ihn typischen überraschenden Entscheidungen einen Beschluß faßte, den er dann mit der ihm eigenen Energie, ohne rechts oder links zu sehen, in die Tat umsetzte. Von einer geradlinigen Entscheidung auf lange Sicht wird man dabei kaum sprechen können, so sehr er das damals nicht nur den Russen, sondern auch den Engländern gegenüber behauptete. Schon 1934 hatte er in Gesprächen mit Rauschning es für nicht ausgeschlossen erklärt, daß er eines Tages ein Bündnis mit Rußland schließe, doch werde ihn dies nicht abhalten, die Wendung zurück zu machen und Rußland anzugreifen, wenn die Ziele im Westen erreicht seien. Rauschning hatte schon damals erkannt, daß er eine rücksichtslose Gelegenheitspolitik trieb, die mit ungeheurer Leichtigkeit alles über Bord warf, was vorher als ihr fester Grundsatz gegolten hatte. Es war ein frevelhaftes Spiel, das er mit allen Partnern und mit allen Völkern, nicht zuletzt auch mit dem deutschen, trieb, denn man wird die Behauptung wagen können, daß hinter all dem nicht irgend eine große politische Konzeption, sei es der Größe Deutschlands oder der Schaffung eines großräumigen Reiches in Europa oder der Vernichtung des Bolschewismus, stand, sondern der persönliche Machttrieb, der ihn immer weiter greifen und ihn zu dessen Befriedigung Helfer da suchen ließ, wo sie ihm gerade nützlich erschienen.

Anmerkung:

Braubach Max, Dr. phil., o. UProf. Rektor der Universität Bonn. Lehrgebiet: Neuere Geschichte. Geb. 10. 4. 1899 in Metz.

LUDWIG FREUND

Freiheit und Gleichheit - Schlagworte oder Wirklichkeiten?

In einem Zeitalter, in welchem solch grundsätzlich entgegengesetzte Systeme wie die der westlichen Demokratien und des kommunistischen Blocks gleichmäßig und mit rivalisierender Ausschließlichkeit den Anspruch erheben, die einzig „wahre“ Form der Demokratie zu repräsentieren, erwacht notwendig wieder die Frage des 18. Jahrhunderts nach dem „Wesen“ der Demokratie. Die Mitbestimmung des Volkes durch freie Wahlen, freie Meinungsäußerungen, die Trennung der Regierungsgewalten, gewisse Macht- und Beaufsichtigungsprivilegien der Legislative über die Exekutive zu dem Zwecke der Autoritätsbeschränkung eines möglicherweise selbtherrlichen obersten Exekutivbeamten, die Beugung aller Zweige der Regierung unter die unbedingt bindende Gewalt des Rechts und der Verfassung („Rechtsstaat“), die allgemeine Rechtssicherheit, die verhindert, daß Menschen oppositioneller Gesinnung verhaftet und ohne ordentliches Gerichtsverfahren und humane rechtliche Grundlage abgeurteilt werden können, stellen nach wie vor einige der prominenten Grundsätze demokratischer Regierungen dar, die das 18. Jahrhundert, teilweise in bewußter Anlehnung an griechische Philosophen und altrömische Staatskunst entwickelte, und die den Anspruch irgendeines diktatorischen oder despotischen Systems, die wahre „Volksdemokratie“ oder irgendwelche andere Form der Demokratie zu repräsentieren, ad absurdum führen.

Darüber hinaus besteht, vom Standpunkt einer vernünftigen und soziologischen Analyse, keine logische Rechtfertigung für den Anspruch eines politischen Systems auf den Namen der Demokratie, solange die Macht nicht in regelmäßigen und freien Wahlvorgängen, welche die ungezwungene volkstümliche Entscheidung zwischen mehreren Parteien und Kandidaten einschließen, vom Volke ausgeht, und solange der Besitz und die Verwaltung dieser Macht von einer gegebenen Clique mit allen Mitteln der Gewalt, List und Propaganda verteidigt und monopolisiert werden.

Die westlichen Demokratien haben den Sinn und das Erbe der Demokratie nicht überall vorbildlich vertreten und verwaltet, aber im Vergleich zur sogenannten „demokratischen“ Staatsform kommunistischer Länder (deren materieller Fortschritt im Falle Rußlands und

Chinas und deren materieller und geistiger Rückschritt im Falle der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands im Vergleich zum vor-totalitären Regime hier im Augenblick nicht zur Debatte stehen) ist ihre Regierungsform so viel näher dem unverdorbenen Ideal der Demokratie, daß die Forderung der Sowjetparteiengänger auf Anerkennung ihres Systems als des einzig echten Ausdrucks „wahrer Demokratie“ lächerlich wirken würde, wenn dieses Schlagwort nicht für viele Menschen auf der Welt einen überzeugenden Klang hätte.

Dies letztere hängt nicht nur zusammen mit den Schwierigkeiten, den Völkern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, deren Massen nie erfahren haben, was Würde des Einzelmenschen, Freiheit und Gleichheit bedeuten, mit westlichen Propagandathesen zu imponieren, sondern auch mit dem falschen Unterton, den diese Thesen insgeheim selbst für einige Bevölkerungsschichten Europas haben. Wie viele unserer Skribenten und wieviele selbst der wissenschaftlichen Autoren geben sich die Mühe exakter Analyse, wenn sie von Freiheit oder Gleichheit reden und schreiben?

Zum Beispiel: In einer Massendemokratie ist es unmöglich, den Volkswillen ohne demagogische, wirtschaftliche oder politische Druckmittel oder Verzerrungen zum Ausdruck gelangen zu lassen. Man soll diese Dinge getrost offen aussprechen und bei Namen nennen, denn wenn wir es nicht selber tun, dann tun es die unrechten Leute, welche die Demokratie gar nicht wollen. Wir halten die Demokratie, wie alles Menschliche, lediglich für unvollkommen, doch immerhin für die unter unvollkommenen Menschen beste Regierungsform.

Gaetano Mosca sprach schon im Jahre 1895 den Gedanken aus, daß selbst in der Demokratie eine organische Minderheit die amorphe Mehrheit lenkt. Dies ist gar nicht anders möglich, weil nämlich die große Mehrheit auch in der Demokratie sich nicht ohne Anleitungen von seiten einer Führungsgruppe bewegt oder entschließt, — ob diese „Winke“ nun von den Parteien und Verbänden, den Leitartiklern der Presse, den Reden und Handlungen führender Politiker oder den Schriften populärer Autoren kommen. Man bildet sich eine Meinung, — aber nur wenige haben eine unabhängige Meinung, obgleich es noch wenige unter uns gibt, die sich das offen eingestehen. Daneben gibt

es natürlich die ganz große Gruppe von Menschen — und das ist ein Thema ganz für sich —, die ihre „Winke“ von überhaupt keiner ernsthaften Informationsquelle beziehen, sondern von den unsagbar geist- und kulturlosen Berichterstattem, welche vor zwei Jahren, als ich in Deutschland weilte, an allen Kiosken und Zeitungsverkaufsständen dem staunenden Betrachter die neuesten „Abenteuer“ und „Erlebnisse“ und „Boudoirgeheimnisse“ der „Kaiserin Soraya“ zu enthüllen versprochen, und heute mit denselben unanständigen Geschichten immer noch aufwarten und mit diesen in Deutschland in diesem Umfange noch nicht dagewesenen Geschmacklosigkeiten den Sinn der Pressefreiheit und den Zweck der Demokratie profanieren. — Warum? Ganz offensichtlich, weil ein Großteil des „souveränen“ deutschen Publikums dies zu seiner Lieblingsinformationsquelle gemacht hat!

Von hier aus könnte man nützliche Überlegungen anstellen über den in der modernen Demokratie eingeschlichenen Mißbrauch der geistigen und Pressefreiheit durch Geschäftemacher und einen Großteil des Publikums. Und man könnte die Frage aufwerfen, nicht so sehr, ob die Demokratie und der demokratische Staat den Bürgern gegenüber seine Pflicht erfüllt, sondern ob die große Mehrzahl der modernen Menschen die Demokratie überhaupt verdient. Denn die Demokratie lebt natürlich nicht nur davon, daß alle möglichen Berufe und Verbände beim Staate ihre Ansprüche anmelden, sondern daß der einzelne Bürger sich sorgfältig sein Urteil bildet, das ihn befähigt, die Probleme und Aufgaben des Staates zu begreifen und seine demokratischen Rechte mit Sinn und Verstand geltend zu machen.

Der Gegensatz von Freiheit und Gleichheit

Schließlich erschienen die „Realisten“, welche die absolute Unvereinbarkeit von Freiheit und Gleichheit verkündeten. Sie versuchten keine nähere Spezifizierung, welche Form von Freiheit und welche Form von Gleichheit sich gegenseitig ausschließen. Freiheit und Gleichheit wurden ohne klare Definitionen einander gegenübergestellt. Der Engländer James Fitzjames Stephen war der erste, der den logischen Gegensatz systematisch herausarbeitete¹⁾. Lord Acton folgte ihm. William F. Russell in den Vereinigten Staaten, Guillaume E. Rappard in der Schweiz sind vorsichtige Vertreter dieser Anschauungsweise. Walter Lippmann und Friedrich Hayek folgen ziemlich bedenkenlos den Spuren Lord Acton's in ihrem scharfen und einseitigen Angriff auf sogenannte „gleichmacherische“ Tendenzen und in ihrer Apologie der Freiheit, im Falle Hayek's besonders der wirtschaftlichen Freiheit als des summum bonum der Demokratie. Dies sind nur einige der bekanntesten Exponenten einer Denkweise, welche Freiheit und Gleichheit für unvereinbar halten und der Freiheit den unbedenklichen Vorrang vor der Gleichheit zugestehen. Gleichheit sei eine sozialistische, ja kollektivistisch-kommunistische Vokabel, die mit Demokratie nichts mehr zu tun habe.

In der amerikanischen Geschichte hat der Gegensatz zwischen Freiheit und Gleichheit seinen folgenreichen Ausdruck gefunden. In der von Thomas Jefferson entworfenen Unabhängigkeitserklärung von 1776 stand der Gleichheitssatz an erster Stelle. Die Bundesverfassung von 1787 wurde in Jefferson's Abwesenheit konzipiert, der damals in Frankreich Botschafterdienste leistete. Die Freiheit, nicht die Gleichheit, stand hoch im Kurs in den Debatten der Verfassungsgebenden Versammlung zu Philadelphia. Die „Federalist Papers“ von Hamilton, Jay und Madison, welche die Aufgabe hatten, die Verfassung zu popularisieren und welche — gegen Jefferson und andere — den Gedanken einer starken Bundesregierung vertraten, enthielten kaum einen einzigen Hinweis auf das Ideal der Gleichheit. Der Kampf zwischen „liberals“ und „equalitarians“ zieht sich späterhin von Andrew Jackson bis Hoover und Franklin Delano Roosevelt und bis auf den heutigen Tag durch die ganze amerikanische Geschichte.

Die Konfusion, von der die Rede sein wird, beginnt daher mit der Richtungslosigkeit und Verwirrung derjenigen Begriffe, die der ganzen demokratischen Staatsform zugrunde liegen und von denen die demokratischen Staatsgebäude ihre ursprüngliche Inspiration empfangen, also den Begriffen der Freiheit und Gleichheit. (Der Begriff der allgemein-menschlichen Brüderlichkeit, den der amerikanische Philosoph T. V. Smith für primär und grundlegend hält, hat sich vorläufig noch als nicht viel mehr als eine agitatorische, bestenfalls zeitferne moralische Kategorie erwiesen, die wohl als religiöse Forderung und Verheißung, aber nicht als eine politische Realität, eine greifbar-bedeutsame Rolle spielt. Über dieses interessante Problem können wir uns im Rahmen des Themas leider nicht verbreiten.)

In bezug auf „Freiheit und Gleichheit“ liegen die Dinge so, daß Politiker, Journalisten und Pädagogen einiger demokratischer Länder die Begriffe zu leichtfertig anwandten und dabei interne Kritik herausforderten. Sie redeten, als ob bei ihnen unbeschränkte Freiheit und Gleichheit zugleich zu Hause seien. Sie bemühten sich selten oder gar nicht, ihrem Publikum die augenscheinlichen Widersprüche zwischen Theorie und Praxis in bezug auf diese beiden Ideale zu erklären, die sich täglich dem kritischen Auge darboten. Mehr skeptisch veranlagte Geister begannen, die Unfreiheiten und Ungleichheiten aufzuzählen, die sich in den modernen Abwandlungsformen der Demokratie entwickelt haben, und nicht selten boten sie anschließend das selbst-fabrizierte oder das fremde Heilmittel an, — je nach Anlage und Geschmack, — das die Herstellung vollkommener Freiheit und Gleichheit verbürgen sollte. Das Heilmittel schmeckte nach allem Möglichen, nur nicht nach Demokratie.

In der Großen Französischen Revolution offenbarte sich dieselbe Entwicklung in umgekehrter Reihenfolge, in kürzeren Stößen und mit tragischerer Gewalt. Die Assemblée nationale war zuerst von den Vertretern des Freiheitsgedankens beherrscht. Mirabeau entwarf die Erklärung der Menschenrechte, welche die Freiheit der Person, des Gewissens, des gesprochenen und geschriebenen Wortes garantierte, während sie gleichzeitig Handel und Wandel von den Fesseln der Regierungsgewalt zu befreien versprach. Dann erschien Marat und Robespierre. In ihrer Leidenschaft für das Gleichheitsprinzip erneuerten sie das Eingriffsrecht der Regierung, terrorisierten und guillotinierten sie die privilegierten Klassen und verfolgten sie die politische Opposition und alle, die von ihrer Ansicht oder ihren Methoden abwichen.

Unter diesem Gesichtswinkel wird es dann begreiflich, wenn W. F. Russell folgert, daß die Worte Freiheit und Gleichheit sich gut anhören, wenn sie zusammen ausgesprochen werden. „But they never liked each other.“ Je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit, und je mehr Gleichheit, desto weniger Freiheit, erklärte Russell in Übereinstimmung mit J. F. Stephen. Die Aufgabe der Demokratie besteht daher nach Russell in einem Mittelkurs zwischen diesen beiden Polen²⁾. Das Pendel schwingt manchmal in die Richtung der Freiheit, ein anderes Mal in die Richtung der Gleichheit. Die freiheitlichen Tendenzen waren niemals stark genug, um einen Hamilton (oder einen Ludwig v. Mises oder Friedrich v. Hayek) zufrieden zu stellen, d. h., die Verteidiger oder Vertreter eines extremen laissez-faire-Standpunktes der Unternehmerklasse. Und die gleichmacherischen Tendenzen waren niemals stark genug, um einen Upton Sinclair, Harold Laski (oder einige amerikanische und auch einige europäische Universitätsprofessoren) zu befriedigen.

Das Problem wird abgerundet durch die Erwägung, die wir hier einschalten möchten, daß absolute Freiheit gleichbedeutend ist mit Anarchie, und daß absolute Gleichheit nur realisiert werden kann durch ein konstantes System der Unterdrückung oder Eliminierung

2) W. F. Russell, Liberty vs. Equality, New York 1936, S. VIII, 10—17; 29—30; 109—111.

1) Liberty, Equality, Fraternity, London 1874, S. 198 ff.

menschlicher Elemente, welche im Besitze persönlichen Ehrgeizes, abweichender sozialer Ideen, überlegener Begabung oder auch — günstiger Beziehungen zu den Machthabern sind. Denn daran geht dieser Utopismus absoluter Gleichheit eben notwendig zugrunde, oder vielmehr führt sich selbst ad absurdum, daß der vollkommene Zustand der Gleichheit die völlige Ungleichheit voraussetzt, welche durch eine Gruppe absoluter Machthaber verkörpert wird, die wiederum die „Gleichheit“ und Nivellierung der übrigen Bevölkerung überwachen, kontrollieren und erzwingen müssen, dadurch aber selbst eine solche Machtfülle auf sich vereinigen, daß keine Garantie gegen äußerste Ungleichheit, Unfreiheit, Privilegienwirtschaft und Terror gegeben ist. An diesem Paradox erwies sich in praxi die Unwahrhaftigkeit des gesamten marxistisch-leninistischen Experiments, das in den Blutbädern Stalins unterging.

Die Denker, die den Gegensatz zwischen Freiheit und Gleichheit aufzeigen und dabei die Mäßigkeit und Unparteilichkeit W. F. Russell's statt der agitatorischen Einseitigkeit Friedrich v. Hayek's besitzen, könnten der Demokratie einen Dienst erweisen, wenn sie nicht von dem Chorus der völlig Unwissenden auf der einen, dem der subjektiv Ein-

seitigen auf der anderen Seite übertönt würden. Das in den Demokratien so volkstümliche Geschrei nach simultaner Verwirklichung von mehr Freiheit und Gleichheit würde gedämpft werden, und die beständige soziale Unzufriedenheit mit den verwirklichten Graden beider könnte im Interesse der Volksharmonie verringert werden, wenn diese gemäßigte Philosophie des Mittelkurses und des „Pendulums“ zum mindesten verstanden und verbreitet werden könnte. Unglücklicherweise repräsentiert sie den Teil der literarischen Erzeugnisse in dieser allgemeinen Kategorie, der vielleicht am schwersten verständlich, jedenfalls aber nicht in Übereinstimmung mit den Gedankenlinien politischer Interessentengruppen, Ideologen und Agitatoren ist und aus beiden Gründen daher die geringste Aussicht auf politische Dauerwirkung hat, insbesondere dann, wenn es besonders wichtig wäre, daß diese Wirkung erzielt werde, nämlich in politischen Krisensituationen. Unbeschadet ihrer relativen politischen oder sozialen Nützlichkeit kann aber auch diese gemäßigte Denkweise nicht vor dem Vorwurf geschützt werden, daß sie, ebenso wie ihre radikaleren Ausprägungsformen, vom wissenschaftlich-soziologischen Standpunkte aus unexakt ist. Darauf werden wir noch zu sprechen kommen.

Die Korrelation von Freiheit und Gleichheit

Zunächst aber gilt es die entgegengesetzte Gruppe von Anschauungen wenigstens sehr kurz zu skizzieren.

Auf der einen, bisher charakterisierten Seite stehen also die Vertreter des „Freiheitsprinzips auf Kosten der Gleichheit“, deren Unvereinbarkeit sie für erwiesen halten, neben den Vertretern des parteipolitisch mehr oder weniger farblosen „Mittelkurses“ bzw. der „Pendeltheorie“, nach welcher das Pendel der Regierungskunst manchmal zugunsten eines größeren Maßes von Freiheit, ein anderes Mal zugunsten größerer Gleichheit ausschlagen muß. Im direkten Gegensatz zu ihnen steht eine andere, parteipolitisch links orientierte Gruppe von Theoretikern, welche die Lehre verbreiten, daß Freiheit und Gleichheit zusammengehören, daß aber Freiheit ohne Gleichheit unmöglich sei. Zu dieser Gruppe von Publizisten gehören u. a. der verstorbene englische Politikwissenschaftler Harold J. Laski, die Amerikaner Thorstein Veblen, Carl L. Bekker, der Dichter Thomas Mann³⁾ und der amerikanische Philosoph Thomas V. Smith, sowie die europäischen Inhaber von Lehrstühlen der politischen und anderen Sozialwissenschaften, welche noch der marxistischen Ideologie verbunden sind oder dem Sozialismus nahestehen.

Niemand im Besitze intellektueller Redlichkeit, kann die Größe sowohl wirtschaftlicher als auch anderer Ungleichheiten in den sozialen Ausprägungsformen westlicher Demokratie leugnen. Diese werden allerdings durch die exorbitanten Ungleichheiten der Macht und der Ränge im sowjetisch-kommunistischen Bereich überschattet, ja geradezu bedeutungslos im Vergleich zu diesen. Es ist kaum mehr fraglich, daß der Versuch, die Freiheit zu kritiklos auf der Basis sozialer Gleichheiten aufzubauen, immer und notwendig zum Vorwande der Tyrannei und zum Verrat an beiden Werten, Freiheit und Gleichheit, wird.

Was bedeutet Freiheit?

Freiheit ist nichts anderes als die Abwesenheit von Zwang, absolute Selbstbestimmung. Eine andere Definition der Freiheit kann es ohne Begriffsverschiebung und ohne Verletzung der logischen Grundsätze des Widerspruchs und des ausgeschlossenen Dritten nicht geben. Die marxistischen Bemühungen, Freiheit mit der „Notwendigkeit“ des dialektischen Geschichtsprozesses, der in die „Diktatur der Arbeiterklasse bzw. des Proletariats“ mündet, gleichzusetzen, hat sich bestenfalls als eine beträchtliche Gedankenakrobatik erwiesen.

3) Sehr deutlich in seinem Beitrag „Freedom and Equality“ in: Freedom, Its Meaning, herausg. von Ruth N. Anshen, New York 1940.

Nicht viel weniger bedenklich vom Standpunkt intellektueller Klarheit ist es, wenn z. B. der Amerikaner T. V. Smith, dessen Behandlung des Fragenkomplexes von vielen seiner akademischen Bewunderer als „vorbildlich“ gepriesen worden ist, und die in Amerika in dieser Form Schule gemacht hat, zunächst die logisch einzig richtige Definition der Freiheit als „to do as one pleases“ formuliert⁴⁾, dann fortfährt, die Freiheit einfach mit Wohlfahrt, sozialer Sicherheit und Gleichheit, ja, mit dem „Zwang zur Arbeit“ zu identifizieren als der einzigen Form von Freiheit, die „diskussionswürdig“ sei⁵⁾. Dem gleichen Denkfehler, welcher die Reinheit logischer Grundsätze und Regeln zugunsten einer politisch vorgefaßten Meinung verdirbt und konsequenterweise die Begriffe weniger klärt als verwirrt, ist Harold Laski verfallen⁶⁾.

Auf einer Seite definiert dieser, von vielen als „klassisch“ bewunderte politische Denker, die Freiheit als „Abwesenheit von Gesetz und Zwang“⁷⁾. Ein anderes Mal setzt er sie mit politischer „Autorität“, also Gesetz und Zwang, auf verwandten Fuß⁸⁾ und verkoppelt den Freiheitsbegriff außerdem mit dem der Gleichheit und der Wohlfahrt⁹⁾.

Es ist unklar, inwiefern solche Denkprozesse, welche getrennte Begriffe als identisch oder „praktisch gleichbedeutend“ vorspiegeln, als wissenschaftlich gelten können. Der einzig mögliche logische Schluß ist vielmehr, daß Freiheit als Selbstbestimmung, d. h., als absoluter Begriff im Menschlichen nirgends verwirklicht ist. Wenn also biologische, geographische, geschichtliche, politische und soziale Bedingungen die Freiheit des Menschen ganz generell einschränken, so folgt, daß die Freiheit empirisch nur in relativen Graden existiert. Es heißt also, in jeder geschichtlich verifizierten Form die empirischen Beschränkungen des Ideals zu erkennen. Der so manifestierte Relativitätscharakter der Freiheit berechtigt niemanden, seinen subjektiven Freiheitsbegriff als unbeschränkt und in Übereinstimmung mit irgendeiner ihm angenehmen Doktrin zu postulieren, wenn er dabei von dem der reinen Selbstbestimmung abweicht, die es auf dieser Welt nun einmal nicht gibt. Die Reinheit des Denkens muß auf alle Fälle gewahrt bleiben.

Das Problem der Freiheit zeigt weitere Komplikationen, wenn man die Überlegung anschließt, daß absolute Selbstbestimmung und zwang-

4) The Democratic Way of Life, Chicago 1926 und spätere Auflagen, S. 69.

5) ebd., S. 91 ff.

6) vgl. u. a. seinen Beitrag „Liberty“ in der Encyclopedia of the Social Sciences, New York 1931, Bd. IX, S. 442 ff.

7) ebd., S. 442.

8) ebd., S. 445.

9) ebd., S. 443.

loses Handeln im gesellschaftlichen Kontext nicht nur unmöglich sind, sondern selbst im Rahmen gewisser natürlicher Eingrenzungen sozial gefährlich und unbefriedigend sein können. Dies muß zu einer Unterscheidung von „negativer“ und „positiver“ Freiheit in einem ganz besonderen Sinne führen. Der Begriff der negativen Freiheit fällt mit dem der individualistischen Willkür zusammen, welcher involviert, daß das Individuum sich nicht notwendig durch Gesetze des Anstandes oder andere ähnliche Rücksichten an die Sensibilitäten der Gesellschaft gebunden fühlt. Er gibt sich auch im Freiheitsbegriff einiger der Nachfolger Freuds zu erkennen: Freiheit bedeutet ihnen wesentlich Freiheit des Trieblebens. Kultur als solche und Beachtung gewisser moralischer Normen bedeuten ihnen eine Verdrängung des Trieblebens und folglich eine Unterdrückung der Freiheit.

Diese beiden Auffassungen der Freiheit können unter Umständen gesellschaftsfremd, ja -feindlich sein. Wenn eine bedeutende Gruppe, innerhalb relativ minimaler, von den Gesetzen eines demokratischen Staatswesens vorgeschriebener Grenzen, nach triebhaftem oder egoistischem Belieben handelt, dann besteht die Wahrscheinlichkeit, daß das Gesetz der „Grenzmoral“¹⁰⁾ nicht nur im Wirtschaftlichen, sondern auf allen Gebieten sich geltend macht. Gewisse Zustände in einzelnen Demokratien (Korruptionsskandale großen Stils, Jugendkriminalität, beides von besonders großen Ausmaßen in Amerika, wo die individualistische Version des Freudianismus heute immer noch sehr ernst genommen wird, unterstützt von einer Pädagogik, die in allerbesten moralischer Absicht, aber oft unbewußt und sehr naiv, gerade diesen amorali-schen Kernsätzen des Freudianismus seit einigen Jahrzehnten sehr entgegenkam durch eine Auffassung von der Freiheit des Kindes, welche die Selbstdisziplin untergrub) sind ominöse Kennzeichen der Vorherrschaft des rein negativen Freiheitsbegriffs.

Um einen ethischen Maßstab zu erreichen, sind dem Menschen gewisse „positive“ Forderungen gestellt. „Der freie Mensch ist der, der nur nach dem Gebot der Vernunft lebt und so seine Affekte beherrscht“, sagte Spinoza. Kant stellte die Freiheit der „vernunftlosen Willkür“ entgegen. Und Goethe stimmt zu, daß Freiheit das Vermögen ist, „unter allen Umständen das Vernünftige zu tun.“

Die klassischen Formulierungen mögen zu einseitig rationalistisch gefaßt sein. Ich kann mir aber keinen menschlichen Gesellschaftszustand vorstellen, in welchem die Freiheit ohne Spinozas einschränkende Bedingungen moralischer Selbstbeherrschung und vernünftiger Selbstgesetzgebung fruchtbare, kultur- und gesellschaftsfördernde Wirkungen erzeugen könnte. Die Klagen über die „Entleerung“ und „Erschöpfung“ der westlichen Freiheitsidee hängen gerade damit zusammen, daß man den Mangel an positiver Verankerung und das Vorwiegen der bloß triebhaften Freiheitsdynamik sehr wohl bemerkt hat.

Der „positive“ Freiheitsbegriff ist nicht so fraglos und freigiebig wie der „negative“. Er fordert Selbstdisziplin und gewisse Stufen der Intelligenz für seine Bewährung. Und dies ist just der logische und psychologische Ort, wo die Freiheit so oft scheitert. Wieviele Menschen in irgend einem Lande haben den Willen und die Fähigkeit, die Regeln der Selbstbeherrschung, vernünftigen Lebenswandels und der auf moralischen Prinzipien aufgebauten Beziehungen zu den anderen Gliedern der Gesellschaft zu befolgen, und zwar in einem Maße, das erlaubt, äußeren Zwang und Staatsautorität auf ein mögliches Minimum zu beschränken? Die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeiterschaft in den Perioden des „laissez-faire“-Liberalismus, die andauernde politische Ausbeutung der Massen durch „pressure groups“ und Demagogen in einigen demokratischen Ländern, der Aufstieg politischer Diktaturen in der jüngsten Vergangenheit auf dem Untergrunde von Ignoranz, äußerster Selbstsucht und Brutalität in einigen anderen, gaben die historische Ant-

wort auf die Frage. Unerbittlich steht das Urteil der Geschichte, daß Freiheit jedesmal durch Autorität ersetzt wird, wenn die Menschen ihre Freiheit entweder aus Mangel an moralischen oder intellektuellen Kräften mißbrauchen, oder wenn sie den Mißbrauch der Freiheit durch andere stillschweigend dulden. In den Worten von John Stuart Mill: „In the particular circumstances of a given age or nation, there is scarcely anything . . . which it may not be desirable or even necessary, that the government should take upon itself, not because private individuals cannot effectually perform it, but because they will not“¹¹⁾.

Was bedeutet Gleichheit?

„Gleich“ drückt in der deutschen Sprache, wenn es ohne Zusatz gebraucht wird, den Begriff völliger Übereinstimmung (in allen Eigenschaften) der verglichenen oder gleichgesetzten Gegenstände aus („absolute“ Gleichheit)¹²⁾. „Will man dagegen nur teilweise Übereinstimmung der Eigenschaften bei teilweiser Nichtübereinstimmung („relative“ Gleichheit) ausdrücken, so ist man gezwungen, durch einen Zusatz anzugeben, worin die behauptete Übereinstimmung erblickt wird“¹³⁾. Diese beiden Zitate aus einer deutschen juristischen Abhandlung über den Gleichheitssatz des Artikels 109 I der Weimarer Reichsverfassung, drücken das Problem der Gleichheit in unübertrefflicher Weise aus.

Wenn wir Mainzers Definition auf allgemeine menschliche Verhältnisse übertragen, so wird der „absolute“ Gleichheitsbegriff unbrauchbar. Er ist gleichbedeutend mit dem „naturalistischen“ oder „rationalistischen“ Gleichheitsbegriff der Utopisten, welche die völlige Übereinstimmung menschlicher Substanz, menschlichen Wertes und menschlichen Könnens in allen Individuen annehmen.

Soweit geistige und häufig auch biologische und physische Gleichheiten in Frage kommen, können sie nur „relativ“ sein. Das Maximum von Gleichheit, das irgendeine Gesellschaft ihren Gliedern bieten kann, ist die Bewährungschance des Anspruchs auf Gleichheit mit anderen, das was die Angelsachsen in unnachahmlicher Exaktheit des Ausdrucks „equality of opportunities“ nennen, und was man im Deutschen vielleicht die „Gleichheit der Erprobungsmöglichkeiten“ nennen könnte. Sie ist „relativ“, d. h. sie trägt dem Umstande Rechnung, daß die Menschen auf physisch-biologischem und vor allem auf geistig-seelischem Gebiete nicht die identischen Leistungen zu vollbringen vermögen bzw. identische oder übereinstimmende Eigenschaften aufzuweisen haben. Der einzelne hat aber im demokratischen Staat innerhalb der Fehlergrenzen, die der menschliche Charakter und die menschliche Aufsicht überall ziehen, die „Möglichkeit der Erprobung“, die Möglichkeit also, seine Intelligenz, sein Können, seine Ausdauer und seine Willenskraft, kurzum seine konstruktiven Fähigkeiten im freien Wettbewerb mit anderen zu erweisen. Gäbe es nun noch die Möglichkeit einer ähnlichen Prüfung oder Erprobung der unterschiedlichen moralischen Konstitutionen derjenigen unter uns, welche jedesmal die Auswahl der Begabten zu beaufsichtigen haben, bevor sie sich nicht für die Bürde ihres verantwortlichen Amtes als geeignet auswiesen, so könnte eine demokratische Gesellschaft mit einem relativen Höchstmaß der Kompetenz zu operieren erwartet werden. Leider hapert es gerade an dieser Stelle, wo die Auslese der „Tüchtigen“ oder „Geeigneten“ mitentschieden und wo durch Vorurteile Diskriminierungen, Begünstigungen, Ungerechtigkeiten und andere Zeugnisse menschlicher Schwächen das Gesamtbild der Gleichheitschancen ungünstig beeinflusst werden kann. Die moralische Eignung zu einem Verantwortung tragenden Amte kann ganz allgemein deshalb nicht vor der Amtsübernahme zuverlässig geprüft werden, weil die moralischen Eigenschaften sich nur in tatsächlichen Lebenslagen und Lebensvollzügen erproben, aber

10) „In einem relativ freien Wettbewerb besteht die Tendenz, daß das Glied mit der niedersten Moralgrenze das Verhalten auch der anderen Mitglieder der Gruppe bestimmt“ (Goetz Briefs). Freilich gibt es nicht-korruptible Elemente in jeder Gesellschaft. Das Gesetz der „Grenzmoral“ gilt offensichtlich nur für Kreise, die entweder zur Korruption konstitutiv neigen oder in Krisensituationen ihre moralische Festigkeit einbüßen. Diese Gruppe ist überall relativ zahlreich, obgleich sie von Gesellschaft zu Gesellschaft in ihrer Größe variiert.

11) The Principles of Political Economy, 1848, siebte Aufl. 1872, Book V, Kapitel: „The Limits of the Province of Government“.

12) Otto Mainzer, Gleichheit vor dem Gesetz, Gerechtigkeit und Recht, Berlin 1929, S. 24.

13) ebd., S. 25.

nicht selber Gegenstände einer theoretischen Prüfung werden können wie die bloße Kenntnis der Morallehre dies sein kann. Kenntnis von Moralprinzipien und moralische Haltung sind nicht dasselbe, und das Leben bietet manchmal geradezu „köstliche“ Proben moralindifferenten Verhaltens auf seiten derer, die in unserer Zeit so viel über Moral, Liebe und Humanität philosophieren und zu wissen vorgeben.

Hauptanwendungsgebiete von Freiheit und Gleichheit

Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß Personen oder Bevölkerungsgruppen, denen somit das Gesetz einen Status der Inferiorität und sozialen Ungleichheit zuweist, in demselben Maße, in welchem das Gesetz dadurch ihre Möglichkeit beschränkt, nicht nur ungleich, sondern auch unfrei sind im Vergleich zu den Bevölkerungsteilen, die den vollen Schutz und Vorteil des Gesetzes genießen. Die Beschränkung der Möglichkeiten der Entfaltung und Erprobung ist auch eine Beschränkung der Selbstbestimmung der Person. Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz gehören demnach zusammen in einem demokratischen Staat. Man kann z. B. nicht die Gleichheit des Anspruchs auf eine Bildungschance für eine Bevölkerungsgruppe gesetzlich beschränken und vorgeben, daß diese Gruppe genau so frei sei wie die anderen Gruppen im Staate. Allerdings müssen wir uns vor dem Trugschluß der Egalitätstheoretiker hüten, daß Freiheit und Gleichheit unter allen Umständen zusammengehören. Ein tyrannisches Staatswesen kann — theoretisch — die Gesamtheit seiner Bürger gleichmäßig ihrer Rechte berauben. Sie wären dann „vor dem Gesetze gleich“. Aber sind sie frei? Die Gefahr des Theoretisierens ist häufig, daß es sich in logischen Deduktionen und Konklusionen verliert, ohne den Blick beständig auf die Klippen und Fährnisse des Lebens im profanen Alltag fixiert zu halten. Nur so ist es wohl zu erklären, daß z. B. Laski die „Freiheit der Arbeiterklasse“ im sowjetrussischen System unter Stalin der „Scheinfreiheit“ des Arbeiters in der „kapitalistisch-demokratischen“ Gesellschaft gegenüberstellte¹⁴).

Das Gebiet der politischen Rechte ist eine Abwandlungsform der gesetzlichen oder verfassungsrechtlichen Staats- und Lebensordnung. Das Prinzip der politischen Freiheit und Gleichheit ist im freien, geheimen und allgemeinen Wahlrecht beschlossen. Es muß jedem Bürger, der im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, auch das grundsätzliche Recht einräumen, in freiem Wahlkampf mit anderen und auf der Grundlage gleicher Bedingungen als Kandidat für politische Ämter aufzutreten. Die Gefahren der Vorherrschaft starker Wahlblöcke, der Parteibosse, straff organisierter und einflußreicher Interessentenverbände, oder des despotischen Machtmißbrauchs durch die Mehrheit zum Zwecke völliger Unterdrückung der Minderheiten, sind jedoch ständige Begleiterscheinungen dieses Systems. Es gibt zwei Garantien gegen die Überwucherung dieser Gefahren, die hier nur kurz gestreift und kaum erklärt werden können. Die eine besteht in der verfassungsrechtlichen und unzweideutigen Erklärungen der bürgerlichen Rechte und Freiheiten, der „civil liberties“, die sacrosanct und unantastbar sind, und über deren Unantastbarkeit die Presse, die Parlamente und die Gerichtshöfe zu wachen haben. Die andere Garantie ist der Eifer, mit dem, auf der Grundlage eines tief wurzelnden demokratischen Bewußtseins, das Volk als „der politische Souverän“ die Verteidigung und Aufrechterhaltung dieser Freiheiten durch den „legalen Souverän“, d. h., die Regierungs- und Staatsorgane, überwacht. Die freie Meinungsäußerung auf seiten der Bevölkerung und das Streben nach Volksgunst auf seiten der gewählten und durch Volkswahl absetzbaren politischen Amtsinhaber haben sich, wo immer wirklich freie und direkte Wahlen stattfinden, oft als mächtige Garanten der Freiheit erwiesen. Andererseits sind diese selben Faktoren der Volksmacht leider auch gelegentlich die Ursache von sozialem Unrecht, Vorurteil und der von Volkshäß getragenen Benachteiligungen gewisser Personenklassen, denen

Eine Form der Gleichheit, die in der Moderne eng mit der Gleichheit der Erprobungsmöglichkeiten zusammenhängt, ist die Gleichheit vor dem Gesetz, für die Mainzer damals vergeblich eine Lanze brach. Denn der freie Wettbewerb der Geister und Talente ist unterbrochen, wenn eine durch Klassen-, Rassen- oder religiöses Vorurteil gespeiste Gesetzgebung die Erprobungs- und Entwicklungsmöglichkeiten der Mitglieder gewisser Bevölkerungsgruppen unterbindet.

der gegenüber den Volksstimmungen sehr labile demokratische Staatsapparat kaum wirksam zu Hilfe zu kommen vermag.

Wie im Gesetzlichen gehören prinzipiell auch im Politischen Freiheit und Gleichheit zusammen. Im Politischen — im Vergleich zum reinen „Gesetz“ — sind allerdings Freiheit und Gleichheit relativiert aus den erwähnten Gründen notwendig und praktisch ungleiche Verteilung von Macht, Ämtern und Einfluß, welche sich auch in den Demokratien nicht vermeiden läßt.

Ein Spezialfall politischer Rechte ist mit dem Problem zwischenstaatlicher Gleichheit gegeben. Einige Andeutungen müssen genügen. Die Machtfaktoren im Spiel der internationalen Kräfte sind so ungleich verteilt, daß die Ideen internationaler Gleichheit und Gerechtigkeit nie mehr als Worte waren. Die „Gleichheit vor dem Gesetz“ könnte unter Staaten nur verwirklicht werden, wenn in Analogie zur innerstaatlichen Ordnung, der Gesetzesverächter und der Gesetzeswächter (die „Polizei“) nicht oft identisch wären. Eine neutrale übernationale Polizeimacht gibt es noch nicht, und es bleibt abzuwarten, ob es sie jemals geben kann. Die Prominenz der Großmächte, ihre Übermacht in der Handhabung der Instrumente des Krieges und des Friedens, der Wirtschaft und der Politik haben ganz natürlich zur Folge, daß die Realität der politischen Ungleichheit das Ideal der rechtlichen Gleichheit souveräner Staaten überschattet. Der amerikanische Staatsrechtler Edwin D. Dickinson stellte die „formale“ oder „rechtliche“ Gleichstellung der Staaten, die er als unentbehrlich bezeichnete, ihrer tatsächlichen politischen Ungleichheit unter dem Gesichtswinkel der „capacity for rights“, also der Ungleichheit ihrer Rechtsfähigkeit, gegenüber¹⁵). Solange es Staaten gibt, die auf den Schutz, die Subsidien, in anderen Fällen die Neutralisierung anderer Staaten angewiesen sind, um überhaupt normal bestehen zu können, stehen jene Staaten weder auf gleicher Ebene, noch sind sie ganz frei in ihren Beziehungen zu den letzteren, sofern die letzteren ihre Vormachtstellung ausnutzen.

Das eigentliche Gebiet, auf das die Forderung der Gleichheit der Entwicklungs- und Erfolgsmöglichkeiten sich bezieht, ist das der persönlichen und intellektuellen Entfaltung. Es ist die Gleichheit der Erziehungs- und Bildungschance. Diese ist zunächst einmal ganz offensichtlich durch die Ungleichheit natürlicher Begabungen in den Individuen begrenzt. Weiterhin besteht eine Störung des Gleichgewichtszustandes am sogenannten Startpunkt durch die „unsichtbaren Schranken“, die unumgängliche Wirkung günstiger oder ungünstiger äußerer Lebensumstände, des Milieus, der Klasse, Konfession, der ethnischen Gruppe oder Nation, mit denen der einzelne verflochten ist. Alle diese Umstände sind mitbestimmend bei der Möglichkeit und Auswahl der Schulungs- und Bildungschancen und auch späterer Erfolgsaussichten. Für Amerika als Sonderfall hat dies soeben Vance Packard gezeigt^{15a}). Bemerkenswert ist aber, daß selbst die Absolventen akademischer Bildungsstätten sehr differenziert sind auf Grund der verschiedenen nationalen Bildungstraditionen und -güter, die ihren Geist gemäß den verschiedenen Qualitäten, Vorschriften, Usancen und geistigen Höhengraden ihrer jeweiligen Bildungsanstalten geprägt haben. Man kann als Gebildeter irgendwo materiell gesichert und erfolgreich und doch nicht geistig beheimatet sein, weil man seine Bil-

14) Reflections on the Revolution of Our Times, New York 1943, Kap. VIII, besonders S. 396—98.

15) in: The Equality of States in International Law, Harvard Studies in Jurisprudence, Bd. II, Cambridge (Mass.) 1920.

15a) V. Packard, Die unsichtbaren Schranken, Düsseldorf 1955.

dungsgüter an einem kulturell eigentümlich differenzierten Orte empfang, für welche anderswo das Verständnis entweder nicht gereift oder nicht vorhanden ist. Auch in dieser Beziehung gibt es also eine „unsichtbare Schranke“, die den Betreffenden „ungleich“ mit anderen sein läßt, solange er sich nicht „angleicht“. Ich beziehe mich hier natürlich auf die eigentümliche Lage der geistigen Emigration.

Die einzige Methode, die überall und für jeden eine Gleichstellung herbeiführen könnte, wäre die Einführung von äußeren Kontrollmaßnahmen, welche Schulungswahl und freie Berufswahl unterdrücken und den Individuen ihren Schulwerdegang sowie ihre spätere Stellung im Leben rigoros zuweisen. Diese „äußeren Kontrollmaßnahmen“, die den Opfern totalitärer Regierungsformen nur zu bekannt sind, entwickeln in der Praxis der Ausführung Ungerechtigkeiten und Willkür, sowie Unfreiheiten, die mit dem Vorwande der Überwindung von sozialen Startungleichheiten schlechterdings nicht zu vereinbaren sind und den sprichwörtlichen Teufel durch Beelzebub austreiben. Es scheint also, daß Gleichheit und Freiheit auf diesem Gebiet unverständlich sind. Gerade im Hinblick auf die nicht zu lange zurückliegenden Bestrebungen, das deutsche höhere Schulwesen dem amerikanischen anzugleichen, könnte man hier lehrreiche und in Amerika endlich stattfindende, reuige Betrachtungen anschließen über die sinkende Qualität der amerikanischen höheren Schulgattung als die Folge des Bestrebens, diese Schulkategorie nicht nur allen sozialen Klassen (eine sehr wünschenswerte und löbliche Einrichtung!), sondern allen Intelligenzgraden zugänglich zu machen. Die Einführung eines abstrakten Gleichheitsgrundsatzes gefährdet hier den Anspruch der überdurchschnittlichen Begabung auf adäquate Vorbereitung für eine komplizierte Kulturexistenz und auf eine Freiheit der Lernens, die nicht andauernd durch den niedrigen Stand des Klassenniveaus beeinträchtigt wird. Diese Bemerkung schließt nicht aus, daß das amerikanische Credo der Herabminderung von sozialen Klassenunterschieden bei der Erprobung der Talente ein Vorbild für alle Völker bleibt.

Der meist umstrittene Gegenstand ist jedoch der wirtschaftliche Status im Zusammenhang unseres Fragenkomplexes. Im Wirtschaftlichen ist unser Problem besonders kompliziert durch den Umstand, daß es für das Individuum anscheinend keine Rettung vor der Alternative zwischen zwei grundsätzlichen Abhängigkeiten gibt. Der einzelne unterliegt, solange er als Lohnempfänger in den Wirtschaftsprozess eingeschaltet ist, entweder der Kontrolle des Privatunternehmers bzw. der Geschäftsführung, oder er ist der staatlichen Autorität, möglicherweise sogar beiden unterworfen. Als dritter Herrschaftsfaktor hat sich dann noch die Gewerkschaft herausgebildet, die in einigen Ländern des Westens geradezu die direkte Kontrolle über die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Arbeitnehmers und in nicht geringem Maße auch über gewisse Befugnisse des Arbeitgebers übernommen hat.

Jedenfalls deuten die Abhängigkeitsverhältnisse in der Wirtschaft der demokratischen Länder an, daß die beiden Theoretikerfronten, die sich in bezug auf den Streit um „Freiheit und Gleichheit als Gegensätze oder als Koordinaten“ herausgebildet haben, ungenau sind. Es gibt weder Gleichheit noch Freiheit in der öko-

nomischen Struktur irgendeines Landes. Im Hinblick auf die Menge von Literatur erübrigt sich der nähere Hinweis auf die maximalen Ungleichheiten und Unfreiheiten der unter den Kommunisten existierenden Wirtschaft. Anderswo gibt es die Möglichkeit der Unterscheidung von Graden der Unfreiheiten und Ungleichheiten in der Wirtschaft. Der entscheidende Punkt hängt jedoch mit der Frage nach der Macht- oder Autoritätsquelle zusammen: Welches ist die Stelle, welche die Unfreiheiten oder Ungleichheiten verhängt? Ist es der Staat oder der Unternehmer? Oder jetzt als Drittes sehr häufig: Ist es die Gewerkschaft?

Außerdem muß die Formel „Je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit, und je mehr Gleichheit, desto weniger Freiheit“ qualifiziert werden, indem wir hinzufügen „für wen?“ Dann enthüllt sich auf einmal die realitätsfremde und stark verallgemeinernde Logik der Gegensatztheoretiker, deren These überall, mit der einzigen Ausnahme des intellektuell-pädagogischen Bereiches, ad absurdum geführt worden ist.

Die Sache liegt nämlich so, daß der liberale Staat, der dem Unternehmer anfänglich die fast unbestrittene Herrschaft über den Arbeitsplatz und die Ausbeutung des Arbeitsmarktes nach allen Regeln der Rationalisierung überließ, die Freiheit des Unternehmers mit der Ungleichheit und damit korrespondierenden Unfreiheit des ökonomisch unterlegenen Arbeiters paarte. Der Unternehmer war wirtschaftlich frei, der Arbeiter wirtschaftlich unfrei bei diesem Stand der Dinge. Der moderne Sozialstaat, der sich nicht aufhalten ließ unter diesen Verhältnissen, konnte nicht anders als die Rechte des Unternehmers in bezug auf die Arbeitnehmer einschränken. Dieser Staat hat die grundsätzlichen Ungleichheiten natürlich nicht aufheben können, denn diese liegen im Wesen der wirtschaftlichen Funktionen begründet, d. h. in der grundsätzlichen und unaufhebbaren Trennung der Aufgaben von Unternehmertum, Kapital, Bodenrente und Arbeit. Immerhin hat der Staat für mehr Gleichheit und Freiheit Raum geschaffen. Dabei wurden die Freiheiten des Unternehmers gekürzt. Des Arbeiters Freiheiten werden in der modernen Demokratie mehr und mehr der Fürsorge der Gewerkschaften anvertraut. Dadurch aber entsteht nach dem aktuellen Vorbilde amerikanischer Gewerkschaften zum mindesten die Gefahr, daß sich eine neue Klasse von „Bossen“ entwickelt¹⁶⁾, die, falls der Staat oder die Arbeiterschaft sie nicht rechtzeitig steuert, ihre Macht und Freiheit auf Kosten der Freiheiten des Arbeiterstandes ausbauen können, obgleich dies im Falle einiger Länder, einschließlich der Bundesrepublik, in diesem Zeitpunkte eine weithin theoretische Befürchtung ist. Gerade die deutschen Gewerkschaften und ihre Führung haben sich seit ihrer Wiedererweckung nach 1945 im allgemeinen als politisch verantwortlich, ja vorbildlich gezeigt in ihrer Anpassung an wirtschaftliche Möglichkeiten und Bedürfnisse. Diese Tatsache hinwiederum beweist, daß die Gewerkschaftsführung bei hinreichender Intelligenz und sittlicher Verantwortung für das Ganze die Möglichkeit hat, ein vernünftiges Gleichgewicht von Freiheiten und erträglichen wirtschaftlichen Ungleichheiten für den Arbeiterstand innerhalb der Gesamtgesellschaft herbeizuführen und zu erhalten.

Zusammenfassung

Es hat den Anschein, daß gegenüber der farbigen Wirklichkeit die verschiedenen und gegensätzlichen Theorien, die wir eingangs geschildert haben, verblasen. Freiheit und Gleichheit sind keine Schlagworte. Sie sind Wirklichkeiten mit intensiver Lebens- und Wirkungskraft. Doch leider werden sie im politischen Tageskampf häufig mißbraucht und verzerrt. Auch ihre sozialwissenschaftliche oder philosophische Klärung hat oft zu wünschen übrig gelassen, da die meisten Theoretiker mit vorgefaßten Meinungen an ihr Thema herangingen. Unsere Beispiele der Anwendungsgebiete von Freiheit und Gleichheit scheinen zu beweisen, daß man keine „Pauschaltheorien“ über Freiheit und Gleich-

heit, ihre Zusammengehörigkeit oder ihren inneren Gegensatz, aufstellen darf. Vielmehr muß man die Anwendungsmöglichkeiten beider Begriffe jeweils auf den konkreten Lebensgebieten untersuchen. Dabei wird man dann wahrscheinlich zu dem Ergebnis gelangen, daß selbst die wissenschaftlichen Allgemeinurteile einfach nicht

16) Weniger „aktuell“, aber von gewissermaßen überzeitlicher Bedeutung, sind die Auseinandersetzungen zu diesem Thema von Robert Michels, Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 2. verb. Aufl. Leipzig 1925; Goetz Briefs, The Proletariat, New York und London 1937, und Joseph Goldstein, The Government of British Trade Unions, London 1952.

passen, sondern daß jedes Gebiet mehr oder weniger seine eigenen Regeln in bezug auf die Anwendungsmöglichkeiten setzt, — in dem einen Falle, aber stets unter spezifischen Bedingungen, Gleichheit mit Freiheit koordiniert, im anderen Falle zur Reduzierung von abstrakten Gleichheitsprinzipien rät, damit die Freiheit nicht bedroht werde. Am aller unklarsten sind die verschiedenen, einander widersprechenden Theorien auf dem Wirtschaftsgebiet, wo Schlagworte von Freiheit und Gleichheit am häufigsten operieren, wo aber Freiheit für alle sich am wenigsten durchführen läßt und wo Gleichheit für den Arbeiterstand unter irgendeinem System illusorisch ist. Die Aufgabe für eine gesunde Demokratie im Industriestaat ist, die konstitutiv verankerten wirtschaftlichen Ungleichheiten dem Arbeiterstande so erträglich wie möglich zu machen, ohne die wirksame Durchführung der Aufgaben der anderen Wirtschaftsfunktionen zu behindern oder gar zu paralysieren.

All das beweist, wie ungeheuer wichtig und nötig es ist, daß die Menschen in der Demokratie durch überparteiliche politische Bildungsmaßnahmen mit dem Sinn ihrer Einrichtungen und Ideen vertraut gemacht werden. Die Demokratie ist die schwierigste aller Staatsformen. Ihre Begriffe sind ungemein kompliziert. Propaganda, d. h. blitzartige Verallgemeinerungen und gefährliche Einseitigkeiten sind nichtsdestoweniger fast die einzigen Informationsquellen über die Demokratie, die der Masse zugänglich sind. Das genügt nicht, wenn die heutige

Massendemokratie krisenfest bleiben soll. Die Demokratie verlangt Anstrengung von jedem einzelnen ihrer Träger und Komponenten. Leider sind wir gewöhnt worden, die persönliche Anstrengung und Schulung den viel einfacheren, monolithischen Systemen der Diktatur zu überlassen. Darüber müssen wir hinausgelangen. Das Volk in der Demokratie bedarf der Regierung nicht immer und unter allen Umständen, um das Notwendige zu tun. Es kann und muß sich seine eigenen, freien Mittel schaffen, um das Verständnis der Demokratie in die Seelen zu pflanzen. Verfassungen und Gesetze vermögen das nicht. Aber die geeigneten Vorbilder und Führergestalten im Volke, in den Parteien und in der Regierung können das leisten, — nicht im Sinne der Utopie einer fehlerlosen Demokratie, aber in der stetigen, unablässigen Bemühung in der Richtung auf einen Idealzustand, welcher letzterer als ein durch gewisse, oben geschilderte, ganz natürliche menschliche Fehlerquellen beständig gefährdeter Zustand realistisch ins Auge gefaßt werden muß.

Anmerkung:

Ludwig Freund, Dr. phil., geb. 22. 5. 1898 in Mülheim/Ruhr. Emigrierte 1934 in die Vereinigten Staaten, dort von 1937 bis 1947 Ordinarius für Soziologie und Politische Wissenschaften am Rigson College in Wisconsin. Seit 1947 Ordinarius für politische Wissenschaften und Sozialphilosophie an der Roosevelt-Universität, Chicago. 1951 Gastprofessor an der Universität Erlangen, 1953 an der Northwestern University. Augenblicklich zu Forschungsarbeiten für zwei Jahre in Deutschland. Hauptwerke: „Am Ende der Philosophie“, „Motive der amerikanischen Außenpolitik“, „Politik und Ethik“. In Vorbereitung: „Freiheit und Unfreiheit im Atomzeitalter“.

Nachforderungen der Beilagen aus Politik und Zeitgeschichte sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preis von DM 1,89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 6,— pro Stück einschließlich Verpackung zuzüglich Portokosten an die Vertriebsabteilung, Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT DER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Ernst Deuerlein: „Deutschland in Vorstellung und Aussage des Marxismus-Leninismus“
- Gerhard v. Mende: „Die Situation der Turkvölker in der UdSSR“
- Thomas Oppermann: „Realitäten des englischen Wahlrechts“
- Pietro Quaroni: „Aus den Erinnerungen eines Botschafters“
- Franz Strebin: „Autorität und Freiheit — Über die Anfänge der deutschen Jugendbewegung“
- Karl C. Thalheim: „Die Wachstumsproblematik der Sowjetwirtschaft“
- Heinrich Uhlig: „Hitlers Einwirkung auf Planung und Führung des Ostfeldzuges“
- Walter Wehe: „Menschenrechte und Grundfreiheiten“
- * * * „Pekings Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland“
-
-